Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7mal gespaltene Kolonelzeile 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher: Nr. 6802. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 123. **Halle, Dienstag, den 3. Juni 1919.** **5. Jahrgang.**

Scheidemann-Frieden.

Unter der Ueberschrift „Der Friede der Alldeutschen" schreibt Ministerpräsident Philipp Scheidemann im Vorwärts:

Die Alldeutschen regen sich wieder. Sie glauben den Zeitpunkt für ein neues Hazardspiel gekommen. Nachdem sie durch jahrzehntelange Hetze das deutsche Volk in den vernichtenden Krieg getrieben haben; nachdem sie durch die übertriebensten Forderungen und die Verfemung jedes Andersdenkenden seinen rechtzeitigen Abschluß unmöglich gemacht haben; nachdem sie dadurch den Bogen überspannt haben, bis er brach und mit ihm Reich und Volk: nach alledem versuchen sie jetzt den Frieden zu verhindern und die Gegenvorschläge der Reichsregierung zu diskreditieren. Die alten Geister benutzen

die alten Methoden.

Wieder sollen die Träger des Verhandlungsgedankens zu Verbrechern gestempelt werden. Wieder geht ein Schimpf- und Verleumdungsfeldzug gegen einzelne Personen los, und es ist mir eine Ehre, daß sich die Kübel der Unentwegten vor allem auf mich ergießen.

Scheidemann-Friede! Wem klingt diese Parole nicht vertraut? War das nicht während des Krieges ein beliebtes Verdammungswort? Was verstanden die Herren der Rechten damals unter dem Scheidemann-Frieden? Doch wohl den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen", auf den ich nicht erst gekommen bin, wie die U-Boot-Heroen und Gottstrafe-England-Schreier, nach dem endlichen Eintritt der längst vorhergesagten Niederlage.

Am 20. Mai 1915, also im zehnten Monat des Krieges, habe ich, wie häufig vorher in zahlreichen Versammlungen, im Reichstag gesagt:

„Das höchste und wertvollste Recht für jedes Volk ist in unseren Augen das Recht der Selbstbestimmung .... In Frieden kann man mit Nachbarvölkern nur leben, wenn man sie nicht vergewaltigt, wenn man ihr Selbstbestimmungsrecht nicht angetastet hat."

Und drei Jahre später, auf der Höhe unserer militärischen Erfolge:

„Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen sie nun leicht oder schwer ausführbar, mit kleinen oder großen Opfern erreichbar, dem erobernden Volke für erste nützlich oder schädlich sein."

Das und nichts anderes hieß einstens „Scheidemann-Frieden", und nun will ich fragen: Was würden die Herren von der Rechten sagen, wenn sie heute solch einen Frieden haben könnten, bei dem, nach einem anderen Wort von mir,

was deutsch ist, deutsch bliebe?

Würden sie heute nicht auf den Knien anbeten, was sie vor einem Jahre noch verdammten? Freilich haben sie und ihresgleichen inzwischen erfreulich zugelernt. Meine Freunde und ich brauchten weder die Reden des Präsidenten Wilson, noch die Lehren der Niederlage, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung als das höchste Prinzip anzuerkennen und den Völkerbund als letztes Ziel vor Augen zu haben. Ich kann heute meine Aeußerungen während des Krieges eine an die andere reihen, ohne mit mir und meinen Idealen in Widerspruch zu kommen. Wie aber die Alldeutschen? Man lese folgenden Satz: „Freunde und Helfer in der Zukunft wird Deutschland nur finden, wenn es sich ... nicht selbst verliert durch Unterzeichnung von Bedingungen, die nicht in allen wesentlichen Punkten dem unverfälschten Programm Wilsons entsprechen." Wer spricht hier wohl? Ein Pazifist, ein Verständigungspolitiker, ein bewährter Gegner von Annexionen und Gewaltpolitik? Nein, sondern Graf Reventlow, der vier Jahre lang nicht genug Schimpf und Spott auf Wilson häufen konnte, der wie seine Gesinnungsgenossen nach dem Reichskanzler schrie gegen diejenigen, die seit Kriegsbeginn einen Frieden befürworteten, wie er jetzt von den Herren selber ersehnt, aber

dank ihrer Kriegspolitik kaum mehr durchzusetzen ist.

Nun kann natürlich mit diesem „Scheidemann-Frieden" nicht mehr krebsen gegangen werden. Und schon erfindet man einen anderen und entblödet sich nicht, einen Frieden, wie ihn unsere Gegner uns aufzwingen wollen, mit diesem Namen zu belegen! Daß ich im Auftrage des gesamten Kabinetts diese Bedingungen für unannehmbar erklärt habe, behindert sie in diesem schmählichen Schwindel ebensowenig, wie die Tatsache, daß unsere Gegenvorschläge unwiderleglich unsere Stellung klarlegen. Die Presse der ganzen Rechten heult, auf eine gegebene Parole, das Schlagwort vom „Scheidemann-Frieden", um durch ihr Geschrei die öffentliche Aufmerksamkeit

von den wahrhaft Schuldigen abzulenken,

denen wir es allein verdanken, daß der militärische Zusammenbruch ein zermürbtes, gequältes, im tiefsten mit Haß erfülltes Volk vorgefunden hat.

Angesichts dieser Tatsachen ist es ein unerhörtes Verlangen der Alldeutschen, die heutige Reichsregierung solle die schwere Schuld übernehmen oder gar verteidigen, welche die alldeutsche Clique und ihre Exponenten vor und während des Krieges auf sich geladen haben. Die Herren, dessen können sie sicher sein, werden von der Schuldfrage noch genug zu hören bekommen! Geht die Entente auf unser Verlangen ein, einen neutralen Gerichtshof zu errichten, so werden sie ja dort Gelegenheit finden, ihre „Unschuld" darzutun. Lehnt die Entente ab, so wird der deutsche Staatsgerichtshof seine Pflicht tun. Vor ihm wird der Prozeß zu führen sein, aus dem alle Welt ersehen wird, daß die Alldeutschen und mit ihnen ein großes unschuldiges Volk das geerntet hat, was jene gesät haben,

einen Vernichtungsfrieden!

Um die deutschen Gegenvorschläge.

Versailles, 2. Juni. WTB. meldet: Zur Frage der deutschen Vorschläge bringt die Chicago Tribune eine Meldung, wonach das Eintreffen der englischen Minister in Versailles die bevorstehende wichtige Besprechung des deutschen Vorschlages bedeutet. Auch Lloyd George sei heute dafür, auf die deutschen Gegenvorschläge einzugehen, besonders eine einmalige feste Entschädigungssumme. Die Frage gehen sie dieselben zu hart. Die französische Presse begegen behauptet, die Alliierten würden den deutschen Vorschlag ohne Diskussion zurückweisen und ihnen eine kurze Frist zur Annahme oder Ablehnung einräumen. Echo de Paris nennt hierfür den 15. Juni als Termin.

Basel, 2. Juni. Aus Paris: Die Haltung der Alliierten gegenüber den deutschen Gegenvorschlägen kann dahin präzisiert werden, daß Wilson zu Teilkonzessionen geneigt ist, während die Franzosen besondere finanzielle Konzessionen verwerfen. Konzessionen seien endlich in der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg zu erwarten. Ausgeschlossen seien solche in den östlichen territorialen Fragen. Konzessionen in der Anschlußfrage Deutsch-Oesterreichs sind ganz ausgeschlossen.

Das Aufsehen.

Paris, 2. Juni. (Havas.) „Echo de Paris" verschert, daß die Antwort der Alliierten dem Grafen Brockdorff durch Clemenceau am Freitag überreicht werden wird. Sie wird, wie man sagt, eine begründete Zurückweisung enthalten, nach welcher Deutschland die Bedingungen der Entente vor dem 15. Juni zu unterschreiben hat.

Ein Lyoner Funkspruch hat am Sonnabend mitgeteilt, daß Wilson die Vermittlerrolle übernommen habe. Er sei für Volksabstimmung in Oberschlesien, für Verbleiben Danzigs bei Deutschland, für sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, gegen die geforderte Auslieferung deutscher Reichsangehörigen, und er sei mit einer Gesamtentschädigung von 100 Milliarden Mark einverstanden.

Englische Pressestimmen zum deutschen Vorschlag.

Amsterdam, 30. Mai. Fast alle englischen Blätter mißbilligen die deutschen Gegenvorschläge, nur Daily News und Daily Herald, die den Stab über die Bedingungen der Alliierten gebrochen hatten, begrüßen die deutschen Vorschläge, ebenso äußert sich auch Manchester Guardian, das große liberale Blatt zu den deutschen Vorschlägen in günstigem Sinne.

„Het Volk" zu den Gegenvorschlägen.

Zu den deutschen Gegenvorschlägen in Versailles führt das holländische Sozialistenblatt Het Volk aus, die Tendenz und der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge stimme ganz mit der Kritik überein, die von der Arbeiterpresse in den Ententeländern und in den neutralen Staaten am Pariser Entwurf geübt worden sei. Die internationale Arbeiterbewegung würde eine Abweisung der deutschen Gegenvorschläge als einen letzten überzeugenden Beweis betrachten, daß die Staatsoberhäupter Westeuropas und Nordamerikas sich ausschließlich von Gefühlen leiten lassen, die den Weltfrieden größeren Gefahren aussetzen denn je zuvor. Die Abweisung der deutschen Vorschläge würde deshalb die Opposition gegen die Regierungen und das herrschende Wirtschaftssystem im Gefolge der sicher zu erwartenden Weltrevolution, die allein die Menschheit vor einem neuen Weltkrieg retten könnte, neue Kraft geben. Mit der Ablehnung der Gegenvorschläge breche eine neue Periode an, von derselben Bedeutung wie die durch das österreichische Ultimatum an Serbien eröffnete. Das Blatt begrüßt die Nachricht über eine bevorstehende Zusammenarbeit der französischen und englischen Gewerkschaften gegen eine Intervention in Rußland mit großer Freude als eine Erscheinung, die in der ganzen sozialistischen Arbeiterwelt als Beginn großer Dinge angesehen werde.

Der Hochverrat im Rheinland.

Ausrufung einer Regierung mit Sitz in Wiesbaden.

Berlin, 2. Juni. **Entgegen der einmütigen Willensäußerung der allein vertretungsberechtigten Abgeordneten der rheinanliegenden Länder haben, wie bereits gemeldet, am Sonntag anonyme „Ausschüsse", nämlich „Rheinischer Arbeitsausschuß", „Vereinigte Nassau- und Rheinhessische Ausschüsse" und ein „Pfälzischer Arbeitsausschuß" in Orten der betreffenden Landesteile eine Proklamation anschlagen lassen, in der es heißt:**

„Wir erklären, es wird eine selbständige rheinische Republik im Verband des Deutschen Reiches als freie Republik errichtet, die die Rheinlande, Altnassau, Rheinhessen und die Rheinprovinz umfaßt. Die vorläufige Regierung hat ihren Sitz einstweilen in Wiesbaden. Die Landes- und Kommunalbehörden üben bis auf weiteres ihre Amtstätigkeit weiter aus."

Von amtlicher Stelle wird hierzu bemerkt: Es handelt sich hierbei offenbar um einen Ueberrumpelungsversuch [illegible] geplante Ausrufung der neuen Republik mißlungen ist. Am bezeichnendsten ist, daß unter der Proklamation kein einziger Name steht. Die Reichsregierung hält unbedingt an der Vereinbarung mit den rheinischen Abgeordneten fest. Für sie gibt es keine vorläufige Regierung, deren Zusammensetzung der Aufruf schließlich verschweigt. Die Landes- und Kommunalbehörden empfangen nach wie vor ihre Weisungen von ihren Landesregierungen, denen sie allein verantwortlich sind und bleiben. Die Reichsregierung erwartet von ihnen in dieser schwersten Stunde getreues Ausharren auf ihrem Posten, die für die ganze rheinische Bevölkerung Vorposten und Vorbilder der Reichstreue sein müssen.

Landesverräter Dr. Dorten Staatspräsident.

Berlin, 2. Juni. Die Bewegung im Westen auf Loslösung weiter Gebietsteile ist, wie aus den neueren Nachrichten hervorgeht, einzig und allein auf das hetzerische Treiben französischer Generäle zurückzuführen. Fast die gesamte Bevölkerung lehnt dieses Treiben ab. Im Vordergrunde der Bewegung steht ein Berliner Staatsanwalt namens Dr. Dorten, der zum Präsidenten der Republik in Wiesbaden ausgerufen worden ist. Dr. Dorten gehörte bis zum November letzten Jahres der Staatsanwaltschaft III in Berlin an. Im November vorigen Jahres meldete er sich krank und siedelte damals nach Wiesbaden über.

Die rheinischen Abgeordneten protestieren.

Berlin, 2. Juni. Die in den besetzten Gebieten des Westens gewählten Abgeordneten der preußischen Landesversammlung und der deutschen Nationalversammlung nahmen zur Ausrufung der sogenannten rheinischen Republik Stellung und verurteilten einstimmig aufs schärfste die verräterischen Umtriebe.

Die Antwort der Arbeiter mit Streik. — Rücktritt des Regierungspräsidenten.

Frankfurt am Main, 2. Juni. WTB. meldet: Ueber die Ausrufung der rheinischen Republik in Wiesbaden und Mainz erfahren wir noch: Die Plakate, die die Ausrufung der Republik proklamierten, sind in der Rheinischen Volkszeitung in Wiesbaden gedruckt worden. Sie waren von französischen Offizieren nachgemieselnermaßen angebracht, aber von der Bevölkerung wieder entfernt worden. Ein abermaliger Anschlag heute früh hatte das gleiche Schicksal. Viele an der Entfernung Beteiligte wurden verhaftet. Ein nationaler Ausschuß, an dessen Spitze der Vorsitzende der deutsch-nationalen Volkspartei Amtsgerichtsrat v. Stein steht, überreichte dem französischen militärischen Amtsinspektor Binot einen Protest gegen die Ausrufung der Republik. v. Stein wurde deshalb vor Binot geladen und von ihm mit der Abschiebung nach Deutschland bedroht. Infolge des allgemeinen Anstandes, der heute vormittag 10 Uhr eingesetzt hatte, sind sämtliche Läden und Schulen geschlossen. Das Elektrizitätswerk arbeitet nicht, die Straßenbahnen stehen still, die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Die französische Militärverwaltung hat für den Fall des Generalstreiks Aufhebung sämtlicher Paß- und Verkehrserleichterungen und Absperrung der Lebensmittelzufuhren angedroht. Dr. Dorten wurde zum Staatspräsidenten ernannt und hat seine Tätigkeit heute vormittag begonnen. Binot hat dem Regierungspräsidenten von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190603-12/fragment/page=0001

Wiesbaden wissen lassen, daß er von nun an der neuen Regierung unterstellt sei und Dorten zu gehorchen habe. Regierungspräsident v. Meister hat darauf hin seinen Abschied genommen.

Der Putsch in Speyer ist vollkommen mißlungen und in der Stadt herrscht gehobene Stimmung, nachdem die Arbeiterschaft die „21 Landauer" Hochverräter bei der Ausrufung auf dem Marktplatz tüchtig durchgeprügelt haben.

Mannheim, 3. Juni. W. T. B. meldet: Gestern mittag fanden in Ludwigshafen gewaltige Kundgebungen der Arbeiterschaft aller Großbetriebe statt. Im Anschluß daran wurde zum Protest gegen die Ausrufung der Republik der Generalstreik verkündet, der gestern um 3 Uhr nachmittags in Kraft trat.

Nach einer weiteren Meldung ist der Präsident der hessischen Landesversammlung, Führer der Mainzer Sozialdemokratischen Abteilung, in Mainz wegen Aufreizung zum Streik von den Franzosen verhaftet worden.

Zurückhaltung der Lebensmittelschiffe durch England.

Basel, 2. Juni. Von hier wird berichtet: Nach einer Meldung des „Manchester Guardian" sind in den letzten Tagen aus englischen Häfen nach dem Festlande auslaufende Lebensmittelschiffe für die Mittelmächte zurückgehalten worden, um zunächst die Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland abzuwarten.

Die unabhängigen gegen den internationalen Gerichtshof.

Die deutsche Regierung hat bekanntlich die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes gefordert, um über die Frage der Kriegsschuld unparteiische Aufklärung zu schaffen. Sie steht auf dem Standpunkt, es sei nichts dagegen einzuwenden, daß die Dächer abgedeckt würden, doch müsse das überall gleichmäßig geschehen. Damit sollte wohl jeder internationale Sozialist einverstanden sein, der „Freiheit" ist aber das auch nicht recht, sondern sie sagt, der Vorschlag des internationalen Gerichtshofes sei „nur ausgeheckt worden, weil seine Urheber genau wußten, daß die siegreichen Machthaber nicht darauf eingehen würden". Die „Freiheit" hat für den Standpunkt siegreicher Machthaber in diesem Fall ein wundervolles Verständnis, wie dies die unabhängige Presse zum Schaden des deutschen Volkes und des Sozialismus in gegenwärtiger Zeit überhaupt hat.

Hat Deutschland von den französischen Sozialisten Hilfe zu erwarten?

In Hervés Leitartikel in der Victoire vom 14. 5. 19 heißt es: Den Herren Ebert, Scheidemann und allen jenen in Deutschland, die aufrichtig von der Errichtung einer pazifistischen Demokratie träumen, wird ein Dienst erwiesen, wenn man sie daraf hinweist, daß sie keinesfalls auf die Sozialisten Frankreichs rechnen dürfen. Zwar gibt es in Paris in den Fieberkreisen der streitbaren Sozialisten und Anarchisten eine Handvoll Aufgeklärter, die sich einbilden, die Zeiten hätten sich gewendet und die in Petersburg ausgebrochene Revolution werde zur Weltrevolution werden. Vollends verleitet werden sie durch die Streiks, die durch die Teuerung hervorgerufen werden, und durch die Massenbewegung der Pariser Gewerkschaften. Aber ein Abgrund liegt zwischen der Gesinnung der Handvoll Aufgeklärter, die die Leitung der sozialistischen Partei an sich gerissen haben, und den friedlichen, patriotischen, gelegentlich chauvinistischen Arbeitermassen, die sich gegenwärtig für Genossenschaftsforderungen ereifern. Jeder Gedanke einer sozialen Revolution muß aus den gegenwärtigen Möglichkeiten Frankreichs ausgeschaltet sein, überhaupt jeder Gedanke an irgendeinen Revolutionsversuch. Mag Deutschland bolschewistisch werden oder nicht, hier kümmert das niemand; die französische Demokratie ist fest entschlossen, sich nicht bolschewistisch machen zu lassen.

Der Parteivorstand zu den Vorgängen in Lettland.

Der Parteivorstand schreibt uns:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich in seiner Sitzung vom 30. Mai 1919 mit den Veröffentlichungen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands und des Genossen P. Sesja, des lettischen Vertreters auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam, befaßt. Der Parteivorstand beschloß, die Regierung um eine schleunige Nachprüfung der in dem Schreiben der lettischen Partei aufgestellten Behauptungen zu ersuchen und dringend zu fordern, daß schon vor Beendigung dieser Untersuchung die Mitglieder des Volksrates, d. h. der lettischen Regierung, entfernt werden, falls das inzwischen noch nicht geschehen sein sollte. Unter den Verhafteten befinden sich auch die lettischen Genossen Buschewitz, Mender und Rudewitz. Der Parteivorstand hat weiter die Abberufung des verantwortlichen Chefs des dortigen Militärgouvernements, des Grafen von der Goltz, sowie all der Offiziere verlangt, die sich nachgewiesenen Uebergriffen gegenüber der rechtmäßigen lettischen Regierung zuschulden kommen ließen. Endlich fordert der Parteivorstand, daß jede Verbindung der im Baltikum stehenden deutschen Truppen mit der baltischen Landeswehr, dem Organ der reaktionären Cliquen Lettlands, sofort und in jeder Beziehung gelöst wird. Der Parteivorstand erwartet, daß die deutsche Regierung der Entente gegenüber nachdrücklichst darauf besteht, daß die deutschen Truppen aus den zu dem früheren russischen Reiche gehörigen Gebieten zurückgezogen werden. Der Parteivorstand, der bereits am 14. Mai dem internationalen sozialistischen Bureau in Amsterdam seine Auffassung über diese Vorgänge dargelegt hatte, hat sich jetzt erneut dorthin gewandt und dasselbe ersucht, bei den Ententeregierungen darauf hinzuwirken, daß diese ihren Widerstand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum aufgeben.

Den lettischen Genossen gegenüber, die nach einem teilweise in Nr. 254 der Freiheit veröffentlichten Aufruf an das deutsche Proletariat behauptet haben, „daß alle von den Vertretern unserer Partei auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam abgegebenen Erklärungen unwahr und bewiesene Lüge sind", stellt der Parteivorstand fest, daß die am 30. April 1919 in Amsterdam dem Genossen P. Sesja durch die Genossen Müller und Wels gegebene Erklärung (siehe Vorwärts vom 4. Mai 1919) nach wie vor zu Recht besteht. Wenn trotzdem gegen die Genossen Müller und Wels von lettischer Seite öffentlich der Vorwurf verbreitet wird, daß sie bewiesene Lügen verbreitet und das Vertrauen der Internationale gewissenlos mißbraucht hätten, so verbitten sich diese in aller Freundschaft solche unverschämten Redensarten.

Unglaubliche Frechheit.

So sachte finden sie ihre alte Tonart wieder, die Herren Konservativen und Nationalliberalen, die wohl ihren parlamentarischen Namen, aber nicht ihre hervorstechenste Charaktereigentümlichkeit, ihre dummdreiste Frechheit, verloren haben. Im Preußen-Parlament kam es am Freitag zu einem wilden Sturm. Der deutsche Volksparteiler (lies nationalliberal) Stendel hatte die Unverfrorenheit, bei irgendeinem Punkt der Tagesordnung von plündernden Arbeiterhorden zu sprechen. In provokatorischer Absicht wiederholte er verschiedene Male diese flegelhafte Aeußerung, wobei ein Sturm der Entrüstung bei den Sozialdemokraten beider Richtungen ausbrach. Der temperamentvolle Adolf Hoffmann sprang auf den Redner los und warf ihm Schamlosigkeit vor. In dem andauernden Lärm ertönten Rufe, wie: Haut ihn! — Runter von der Bühne! Der brave Volksparteiler aber wurde erst fuchtig, als seine eigenen Parteifreunde auf der rechten Seite des Hauses ob seiner Entgleisung betreten schwiegen. Am Präsidententisch saß der Fabrikbesitzer Frenzel von der demokratischen Partei. Da sich der demokratische Herr Präsident wahrscheinlich blutsverwandt fühlte mit seinen Kollegen von der Volkspartei, so unterließ er es sogar, mit einem Ordnungsruf die Flegelhaftigkeit zu rügen. Das ging selbst einem Regierungsvertreter, dem Unterstaatssekretär Dr. Meyer, über den Strich und er erteilte ziemlich unverblümt den vom Präsidenten vergessenen Ordnungsruf.

Die Frechheit der Schlotbarone und Krautjunker steigt im gleichen Maße, als sie sich anscheinend im sozialistischen Staat sicher fühlen. Als das ausgehungerte Proletariat mit seiner harten Faust den Götzentempel des Kapitals zerschlug, da haben diese Leute öfters am Tage Hosenwechsel vornehmen müssen. Aber nun scheint es ja wieder zu gehen. Sie schimpfen frisch-fröhlich auf die „Arbeiterhorden" und glauben, daß durch die Selbstzerfleischung des Proletariats ihnen wieder weitgehendste Freiheit auf diesem Gebiete gewährleistet sei. Wenn sie sich nicht täuschen! Es könnte doch sein, daß die Geduld der Arbeiter und ihre Langmut mit dieser Gesellschaft an einem verflucht dünnen Faden hinge und daß man sich eines Tages an ihr Sündenregister erinnern könnte. Dann aber werden die Herren sehr kleinlaut sein und ihr heute so tapferes Herz wird wieder in den Hosenboden hinabrutschen!

Die Übergabe des österreichischen Friedensentwurfes.

Amsterdam, 2. Juni. Reuter meldet aus Paris: Den österreichischen Bevollmächtigten in Saint-Germain wurden die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte mit Ausnahme der militärischen, der Wiedergutmachungs-, der finanziellen und gewisser Grenzklauseln überreicht. Die erwähnten Klauseln, die noch nicht zur Ueberreichung bereit sind, werden sobald wie möglich ausgehändigt. Die Oesterreicher werden inzwischen Gelegenheit haben, mit ihrer Arbeit an dem größten Teil des Vertrages anzufangen. Der österreichische Vertrag folgt genau den Umrissen des deutschen und ist an vielen Stellen bis auf die Aenderung des Namens mit dem deutschen identisch. „Oesterreich" — der Ausdruck Deutsch-Oesterreich wird vermieden — wird durch den Vertrag ein Staat von etwa sechs Millionen Einwohnern, die ein Gebiet von 50—60 000 Quadratmeilen bevölkern. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei und des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates an, und tritt andere Gebiete, die früher mit ihm zusammen das österreichisch-ungarische Kaiserreich bildeten, ab. Oesterreich stimmt dem Völkerbundvertrag zu und erklärt sich bereit, die Arbeitercharta anzuerkennen, auf alle seine außereuropäischen Rechte zu verzichten, seine gesamten maritimen und Luftstreitkräfte abzurüsten, den alliierten und assoziierten Mächten das Recht zur gerichtlichen Verfolgung derjenigen seiner Untertanen zuzugestehen, die sich einer Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig gemacht haben, und die detaillierten Bestimmungen über die Beziehungen und die Freiheit des Transitverkehrs ähnlich denen im deutschen Vertrage anzunehmen. Der erste Abschnitt des von Reuter gemeldeten Auszuges enthält den Völkerbundvertrag, der 12. den Arbeitervertrag. Beide sind mit den betreffenden Abschnitten im deutschen Vertrag identisch. Dasselbe gilt von Abschnitt 6, der von den Kriegsgefangenen und den Gräbern, und von Abschnitt 10, der von der Luftschiffahrt handelt. Desgleichen ist Abschnitt 13 des deutschen Vertrages, der die Grundlinien für die Durchführung enthält, in den österreichischen Vertrag eingeschlossen. Abschnitt 2 behandelt die Grenzen. Die Nordgrenze mit der Tschechoslowakei folgt den alten administrativen Grenzen, die die Provinzen Böhmen und Mähren von Ober- und Unterösterreich trennten, mit einigen kleinen Abweichungen, vor allem in der Gegend von Gmünd, Feldberg und längs des Morawaflusses. Die Südgrenze mit Italien und dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staate soll später von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten festgesetzt werden. Im Osten geht die Grenzlinie nordöstlich Bleiburg und überschreitet die Drau knapp oberhalb von Lavamz.

Reaktion in Serbien.

Der Populaire veröffentlicht einen Brief aus Belgrad, aus dem hervorgeht, daß die schlimmste Reaktion in Serbien herrscht. Mehr als 2000 Sozialisten, darunter viele Frauen, wurden in Jugo-Slawien am 1. Mai verhaftet. In Serajewo wurde der Belagerungszustand über ganz Bosnien und die Herzegowina verhängt. Einzelne Partei- und Gewerkschaftsführer befinden sich noch in Haft. Andere Führer wurden aus Belgrad ausgewiesen und nach Monastir und anderen Orten ohne jeden Domicil verbannt. Sie stehen unter dem Verdacht, Geld aus Ungarn erhalten zu haben. Die Regierung hatte Straßendemonstrationen für den 1. Mai verboten und große Truppenmengen aus der Provinz in Belgrad zusammengezogen, um militärisch einzugreifen. Dennoch fanden große Massendemonstrationen zugunsten der russischen und ungarischen Revolution in geschlossenen Sälen statt. Der Verfasser des Briefes begrüßt die Tatsache, daß in verschiedenen Teilen des serbischen Staates französische Soldaten sich geweigert haben, am 1. Mai gegen serbische Arbeiter einzuschreiten. Die Zensur ist furchtbar. Das sozialistische Blatt Radustiche erscheine zur Hälfte mit breiten Lücken. Es sei der Redaktion verboten, irgend etwas aus der Populaire oder aus der Humanité zu drucken. Es sei unmöglich, einzelne Worte zu schreiben, wie z. B. die Worte: Revolution, Lenin, Trotki, Bolschewismus, proletarische Revolution, Kommunismus, Demobilisation und Requisition. Die Lebensmittellage des Volkes ist furchtbar. Die Lebensmittelpreise sind ungeheuer hoch. Die Regierung habe nichts getan, um Abhilfe zu schaffen.

Ein Vortrag von Dr. August Müller über Sozialisierung.

Am Mittwoch abend sprach im Herrenhaus Dr. Aug. Müller über Sozialisierung: Die Ententekapitalisten haben den Friedensvertrag geschaffen, um der Sozialistengefahr in ihren Ländern durch die Schaffung europäischer Sklavenstaaten zu begegnen. An seiner Undurchführbarkeit wird er zerbrechen. Für uns Sozialisten liegt kein Anlaß vor, nun zu sagen, mit der Sozialisierung sei es vorbei, und so unsere vornehmste Programmforderung aufzugeben. Durch den Ausgang des Krieges sind wir gezwungen, unser ganzes Wirtschaftsleben umzustellen. Unser Hauptaugenmerk müssen wir nunmehr auf die Landwirtschaft richten. Sie muß so intensiv betrieben werden, daß sie noch einige Millionen Menschen mehr ernähren kann als bisher. Von dem System der „freien Konkurrenz" müssen wir abkommen. Die Gesellschaft der freien Konkurrenz hat ihre Erfolge aufgebaut auf die Not und das Elend vieler Millionen, sie kann nicht das Maß von Planmäßigkeit und Organisation in die Produktion hineinbringen, das nötig ist, um die deutsche Wirtschaft zur Gesundung zu bringen. Das entscheidende Moment der Sozialisierung ist die Erhöhung der Produktion unter größtmöglichster Schonung der Arbeitskraft. Jede Sozialisierungsmethode, die das Gegenteil bewirkt, bedeutet den Untergang des deutschen Volkes. Mit der größten Vorsicht ist an die Schaffung von Reichs- und Staatsbetrieben zu gehen. Die Unternehmer kann man nicht ausschalten. Ihre Sachkenntnis und Erfahrung kann man nicht entbehren. Um die Sozialisierung durchführen zu können, ist die Mitarbeit der Räte notwendig, die zusammengefaßt sind in den einzelnen Berufen, und ihre höchste Instanz etwa in einem obersten Wirtschaftsrat haben. Die Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist dabei zu wahren. Die Ueberführung sozialistischer Forderungen in die Praxis ist eine der Rechtfertigungsgründe der Revolution, darum darf keine Regierung die Pflicht zur Sozialisierung verletzen.

Berlin, 2. Juni. Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung hat den Artikel über die Einführung des Rätesystems in der Verfassung mit geringfügigen Aenderungen nach den Vorschlägen der Regierung angenommen und damit die erste Beratung des Verfassungsentwurfes abgeschlossen. Morgen findet die zweite Lesung statt.

Mandatsniederlegung der Abgeordneten Kastert und Kuckhoff. Laut „Kölnischer Volkszeitung" haben die Abgeordneten Kastert und Kuckhoff ihre Mandate zur preußischen Landesversammlung niedergelegt; sie tun es in der Erwägung, daß über alle persönlichen Fragen die Einheit und Geschlossenheit der Zentrumspartei stehen muß.

Von der russischen Front meldet man wieder einmal lebhaftere Gefechtstätigkeit. Bentschen und die Strabe Hohensalza-Bromberg sollen Hauptbrennpunkte der Angriffstätigkeit geweesen sein. An eigenen Verlusten werden 1 Offizier und 3 Mann angegeben.

Der Gemeindewahlsieg in Holland. Die ersten Wahlen unter dem neuen Gemeindewahlrecht haben die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 155 auf 1128 erhöht. Nur 15 Sitze sind verloren gegangen. In 338 Gemeindevertretungen sitzen jetzt Sozialdemokraten.

Der Luxemburg Leiche gefunden? Im Landwehrkanal wurde eine weibliche Leiche gefunden, die man für die Rosa Luxemburgs hält. Bestimmt festgestellt konnte die Identität noch nicht werden.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 2. Juni. 28. Sitzung. Am Ministertische: Hirsch, Haenisch, Stegerwald, Oeser u. a. Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25. Min. Fortsetzung der Besprechung über den Eisenbahnverkehr.

Abg. Kopsch (Dem.): Die Verteuerung der Fahrkarten ist für das minderbemittelte Volk eine empfindliche Belastung. Der Redner fordert unter anderem die Vermehrung der Schnellzüge.

Abg. Kähler (Dn.) fordert Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft.

Abg. Schmedding (Ztr.) hofft, daß nach den Erklärungen des Ministers alles geschehen wird, um wieder zu besseren Verkehrsverhältnissen zu kommen.

Abg. Mehrhof (U. S.): Im Zeichen der Demokratie stände es, wenn nur eine Wagenklasse in den Personenzügen geführt würde.

Minister Oeser: Die vorgebrachten Wünsche werden sorgfältig geprüft werden. Die Vermehrung der Schalter ist schon angeordnet worden. In der französischen Presse ist mitgeteilt worden, daß ein Teil der Lokomotiven, sobald die Frage der Bezahlung akut wird, zurückgegeben werden soll. Es soll sich um 1000 bis 2000 Lokomotiven handeln. Natürlich wird uns die Rückgabe sehr erwünscht sein. Aber wir werden die Lokomotiven nur so zurücknehmen, wie sie hergegeben worden sind.

Es folgt eine förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob die Zeitungsnachricht sich bewahrheite, daß ein Schulbüchermonopol eingeführt werden soll.

Abg. Dr. Boelitz (D. Vpt.): Vor allem von wissenschaftliche Bedenken gegen das Monopol. Nirgends sind die Schulbücher schlechter als in Oesterreich, wo man ja das Monopol hat.

Unterrichtsminister Haenisch: Der Gedanke der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190603-12/fragment/page=0002

Schulbücherkostenvollnerung ist ernster Erwägung wert. Seiner Verwirklichung stehen aber zurzeit noch große Hemmungen entgegen. Wir werden einen freien Ausschuß hervorragender Pädagogen aller Richtungen einberufen, der alle zurzeit benutzten Schulbücher gründlich nachprüfen wird.

Abg. Bildermann (Ztr.): Meine Partei hat die größten Bedenken gegen ein Schulbüchermonopol.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Ich würde mich freuen, wenn der Gedanke der Sozialisierung des Schulbücherwesens bei uns rasch Fortschritte machte.

Abg. Adolf Hoffmann (U.S.): Es handelt sich nicht darum, ob der Profit der Verlagsbuchhändler geschmälert wird, sondern darum, was der Gesamtheit zuträglich ist.

Abg. Rippel (Dn.): Die Schulbücherfreiheit ist ein Teil der Geistesfreiheit, die sich jedes Volk bewahren muß, wenn es sich nicht selbst aufgeben will.

Abg. Frau Pöhlmann (D. Vpt.): In der Monopolisierung der Schulbücher liegt eine große Gefahr für den Buchhandel sowie für das Geistesleben.

Abg. Schreiber-Halle (Dem.): Wir lehnen ein Schulbüchermonopol ab.

Die Aussprache schließt. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: kleine Anfragen, Vorlage betreffend Staffelung der Einkommensteuer. Schluß gegen 4¾ Uhr.

Ein Führer der Unabhängigen über die Politik der Unabhängigen.

Dr. Herz, der Führer der Hamburger Unabhängigen, der längere Zeit in Gemeinschaft mit Dr. Laufenberg den Hamburger A.- und S.-Rat leitete, hat eine Wiederwahl in die Preßkommission der unabhängigen „Hamburger Volkszeitung" abgelehnt und dazu in der betreffenden Zeitung eine öffentliche Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Ich bin nicht mehr imstande, die Verantwortung für die Politik der Unabhängigen zu übernehmen. Unter dem Drucke des stärkeren linken Flügels zeigt diese Politik die Tendenz, in kommunistische Fahrwasser einzulenken. Ich halte aber die Politik der Kommunisten für falsch und ihre Verwirklichung für ein Unglück für das deutsche Volk und besonders für die deutsche Arbeiterschaft. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Entwicklung langsamer vor sich geht, als unsere radikalen Heißsporne annehmen. Eine Sozialisierung ist unter den heutigen Verhältnissen, wie ich schon wiederholt in mehrfachen Artikeln erklärt habe, in sehr viel geringerem Umfange möglich, als dies von den Linksradikalen behauptet wird. Weite Gebiete des Wirtschaftslebens werden wir noch dem Kapitalismus überlassen müssen. Soll das Wirtschaftsleben wieder erstehen, wird es also zum Teil auf privatkapitalistischer Grundlage erstehen müssen. Wir können daher nicht nur die Hilfe der Intellektuellen, wir können auch die Mithilfe der Unternehmer und der im Unternehmertum aufgespeicherten Kenntnisse des Wirtschaftslebens jetzt nicht entbehren. Diese Erkenntnis mag manchen schmerzlich berühren, aber es nützt nichts, sich gegen diese Erkenntnis zu sperren, die jedem sich aufdrängt, der in der praktischen Arbeit tätig gewesen ist. Die Schwierigkeiten, die daraus für die sozialistische Politik erwachsen, sind viel größer, als der Außenstehende ahnt. Die von den Kommunisten geforderte Diktatur des Proletariats ist ein Versuch, im Wege des gewaltsamen Vorwärtstreibens eine Entwicklungsstufe zu erreichen, für die die Verhältnisse heute noch nicht reif sind. Nur die Unterschätzung ökonomischen Denkens, auf die Kautsky in letzter Zeit warnend hingewiesen hat, kann zu der Anschauung verführen, daß man mit gewaltsamen Methoden den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung beschleunigen kann. Mehr denn je bedarf heute dieses arme zerrissene deutsche Volk der Ruhe. Folgt dem vierjährigen Weltkrieg noch ein vierjähriger Bürgerkrieg, dann wird der Sieger — mag er Ludendorff oder Noske oder Spartakus heißen — über ein Leichenfeld herrschen. Soll das Wirtschaftsleben wieder in Gang gebracht werden, müssen die sozialen Konflikte eine Form erhalten, die jede gewaltsame Erschütterung nach Möglichkeit ausschließt. Dieses Ergebnis kann nur durch rückhaltloses Bekenntnis zur Demokratie erreicht werden. Das Rätesystem muß in den Dienst der Demokratie gestellt werden, hat der Demokratisierung der Verwaltung zu dienen. Als politisches Herrschaftssystem aber kann ich es nicht akzeptieren. Die Neigung zur Gründung örtlicher Räterepubliken, wie sie in Bremen, München und anderweit hervorgetreten ist, ist für mich überhaupt nicht diskutabel."

Dr. Herz setzt sodann weiter den Unterschied zwischen sich und uns von der alten Partei auseinander, um sich gegen den Vorwurf, als sei er ein verkappter Mehrheitssozialist, zu verteidigen.

Dr. Herz trifft hier mit richtigen Worten das, was wir Mehrheitssozialisten immer sagten, wozu aber die Unabhängigen wegen der „Massenstimmung" nicht den Mut gehabt haben. Wenn vieles schlecht ist wird es nicht besser, wenn man alles herunterreißt und utopische Wege weist, sondern, wenn man klar sagt, was ist und den rechten Mut und die nötige Kraft zum Aufsteigen beweist. Konjunkturpolitik treiben die Unabhängigen und fragen nicht danach, ob das deutsche Volk und vor offem die Arbeiterschaft unter den Schlitten kommt. Männer, die den Mut haben, die Wahrheit auszusprechen, die jetzt bei den schwierigen Verhältnissen nicht angenehm klingen kann, werden Verräter geschimpft oder in die Wüste geschickt. Die gleiche Erklärung wie Herz hat übrigens auch Dr. S. Nestriepke, der leitende Redakteur der „Hamburger Volkszeitung", abgegeben und ist von der Leitung des unabhängigen Blattes zurückgetreten. Leider besteht wenig Hoffnung, daß bei der gegenwärtigen Stimmung gerade bei der U. S. P. die Beiden nicht Prediger in der Wüste bleiben werden.

Parteinachrichten.

Keine Verschiebung des sozialdemokratischen Parteitages.

In verschiedenen Blättern ist die Behauptung aufgestellt worden, daß der sozialdemokratische Parteivorstand beabsichtige, den auf den 10. Juni angesetzten Parteitag zu verschieben. Wie die P. P. R. hören, hat der Parteivorstand eine solche Absicht nicht. Dies geht schon daraus hervor, daß er noch am Freitag durch Zirkular die Mitglieder des Parteiausschusses auf Montag, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr, nach Weimar einberufen hat. Von einer Verschiebung des Parteitages könnte nur dann die Rede sein, wenn im Laufe der nächsten Woche Verhältnisse eintreten sollten, die die Abhaltung des Parteitages einfach unmöglich machen.

Eine Konferenz der Jugendbezirkleitungen Deutschlands fand am Sonntag, den 25. Mai im Büro des Parteivorstandes zu Berlin unter Leitung des Genossen Heinrich Schulz statt. Vertreten waren 28 Bezirke, vom Parteivorstand waren die Genossen Hermann Müller und Fr. Bartels anwesend.

Genosse Heinrich Schulz begrüßte die Erschienen. Dann hielt er einen Vortrag über: Die Neuorganisation der Jugendbewegung und begründet die von der Zentralstelle vorgeschlagenen Richtlinien für den Neuaufbau der Jugendbewegung. Bisher haben wir mit Rücksicht auf das Reichsvereinsgesetz in der Jugendbewegung die Jugendlichen von 14—18 Jahren organisiert. Jetzt sollen nach dem Vorschlage der Zentralstelle künftig die Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahre in zwei Abteilungen gegliedert werden, eine für die 14—17jährigen und die andere für die 17 bis 20jährigen. Während für die Jüngeren entsprechend ihrer seelischen Eigenart vorwiegend leichtere bildende Veranstaltungen, Spiel und Sport in Betracht kommen, müssen die Aelteren mehr politisch geschult und vorbereitet werden. Um die über 17jährigen zugleich in das Parteileben einzuführen, soll darauf hingewirkt werden, daß sie der Parteiorganisation beitreten. Der große Rahmen für beide Abteilungen müssen aber die Jugendbewegungen sein. Statt der bisherigen losen Form schlägt die Zentralstelle die Gründung von Jugendvereinen vor, die sich zu einem „Verband der deutschen Arbeiterjugendvereine" zusammenschließen. An die Stelle der bisherigen Jugendausschüsse treten die Vereinsvorstände, die zur Hälfte aus Jugendlichen und zur anderen Hälfte aus Parteimitgliedern bestehen sollen. Den Jugendlichen ist soweit als möglich Selbstverwaltung zu gewähren.

Genosse Weimann referierte über: Zukünftige Jugendarbeit. Er gab einen Ueberblick über den Stand der Bewegung und ging näher auf die Aufgaben der Bezirksleitungen ein. Er empfahl die Mitarbeit in den offiziellen Jugendpflegeausschüssen, die der Kontrolle der Verwaltungskörperschaften im Reich, Staat und Gemeinde zu unterstellen sind. Besonders wichtig ist ein ausreichender Jugendschutz und die Tätigkeit besonderer Jugendschutzkommissionen, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften arbeiten müssen.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Einmütig wurde die Bildung fester Jugendvereine und eine zentrale Jugendorganisation gefordert. Die Vorschläge der Zentralstelle wurden angenommen. Im übrigen wurde die Zentralstelle beauftragt, die Richtlinien für die neue Organisation der Jugendbewegung unter Berücksichtigung einiger in der Diskussion vorgebrachter Anregungen endgültig aufzustellen und dem Parteitag vorzulegen.

Ferner wurde beschlossen, eine Erweiterung des Umfanges der „Arbeiterjugend", und eine entsprechende Erhöhung des Bezugspreises vorzunehmen und die Jugendvereine zu verpflichten, ihren Mitgliedern die „Arbeiterjugend" als Vereinsorgan obligatorisch zu liefern.

Zum Sekretär der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands ist Genosse Allrecht-Hamburg gewählt.

Genosse Schulz schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß sie der Ausgangspunkt zu einer neuen kraftvollen Aufwärtsentwicklung sein möge.

Gewerkschaftliches.

Ein Reichsverband deutscher Bergbauangestellten.

Am 25. Mai ist in Halle a. S. ein Reichsverband deutscher Bergbauangestellten mit dem vorläufigen Sitz in Halle a. S. gegründet worden. Der Reichsverband steht auf streng gewerkschaftlicher Grundlage. Er will die wirtschaftlichen und sozialen Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen. Als letztes gewerkschaftliches Kampfmittel bezeichnet der Reichsverband die Arbeitseinstellung seiner Mitglieder.

Siebenter Verbandstag der Fleischer.

In diesen Tagen hält der Zentralverband der Fleischer seinen siebenten Verbandstag ab. Als die Oeffentlichkeit interessierende Fragen stehen auf der Tagesordnung die Punkte: Sozialisierung im Fleischergewerbe, Rätesystem und Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit, Lehrlingszüchterei und Frauenarbeit, Lohnbewegungen und Tarifverträge. Nach dem gedruckten Geschäftsbericht zählte der Verband bei Ausbruch des Krieges etwas über 7000 Mitglieder, die sich auf 89 Zahlstellen verteilten. Der Krieg dezimierte diesen Bestand durch ungeheuer starke Einberufungen gewaltig. Es bedurfte des ganzen Opfermuts der Daheimgebliebenen und auch des Einspringens der Frauen, um die Verwaltungsämter und die Ladentaiten in Gang zu halten. Doch noch vor Abschluß des Krieges besserte sich die Lage des Verbandes. Und seit Ausbruch der Revolution und der Rückkehr der alten Mitglieder und Funktionäre setzte erst recht neues, pulsendes Leben ein. Am Abschluß des ersten Quartals 1919 waren 18 843 Mitglieder, darunter etliche zwanzig weibliche, in 128 Zahlstellen vorhanden. Die Hauptkasse zeigte am 30. April d. J. einen Barbestand von 208 538 Mark. Seine letzte Geschäftsperiode (vor dem Krieg) schloß der Verband nur mit einem Hauptkassenbestand von 16 963 Mark ab.

Ein Grundstigma des Fleischerberufes vor dem Kriege war die ungeheure Lehrlingszüchterei und die lange Arbeitszeit. In diesen Fragen, die zum Teil schon grundlegend geändert sind, gilt es weiter bessernd einzugreifen. Auch für Sozialisierung, so berichtet der Vorstand, hat der Verband alle Ursache sich einzusetzen. Große vorbauende und ausbauende Aufgaben sind in Zukunft zu erfüllen.

Soziales.

Die Stellung der Reichsregierung zum Abschluß von Tarifverträgen. An zuständiger Stelle erfahren die P. P. R.: Der von einigen Reichs- und Staatsbehörden bisher noch immer eingenommene Standpunkt, daß ein Bedürfnis für den Abschluß von Tarifverträgen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der im Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter grundsätzlich nicht anerkannt werden könne, hat den Reichsarbeitsminister, der diesen Standpunkt durchaus mißbilligt, veranlaßt, die Frage im Reichsministerium zur Sprache zu bringen. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Frage dahin entschieden worden, daß auch Reichs- und Staatsbehörden Tarifverträge abschließen sollen. Wenn sich unseres Wissens auch die Regierungen der Gliedstaaten mit der Frage noch nicht beschäftigt haben, so dürfte doch mit Sicherheit zu erwarten sein, daß auch die Landesregierungen der Stellungnahme der Reichsregierung sich anschließen werden.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 9. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Räte-Idee. Von Rudolf Wissell, Reichswirtschaftsminister. — Von unserer zukünftigen Bildungsarbeit. Von Richard Woldt. — Eine Lücke in unserer Parteipresse. Von Joseph Klicke. — Eine neue Form landwirtschaftlicher Großbetriebe. Von Franz Lauffötter (Hamburg). — Literarische Rundschau.

Die Wahl, eine zeitgemäße Erzählung von einem anderen Stern, nennt sich ein kleines, geschmackvolles Büchlein, das Johannes Cotta soeben im Verlage von Carl Reißner, Dresden, erscheinen läßt. Klüßig geschrieben, ist diese kleine Phantasie ein hohes Lied auf die Liebe, die allein imstande ist, uns zu höhen, vollkommenen Sein zu führen. Und was in dem Motto (ein Zitat aus Leonhard Franks „Der Mensch ist gut") zum Ausdruck kommt, die Sehnsucht nach der tiefsten, radikalsten Revolution, der Revolution der Liebe, ist in dem Büchlein bei den Menschen einer anderen Welt zur Erfüllung geworden. Steht phantastisch zwar, aber doch vorwollendet vor uns. Und zustimmen kann man, wenn aus dem Büchlein klingt, daß die Menschheitszukunft abhängt von dem reinsten Verlangen des tiefsten Sinnes der Welt, von der Liebe. Dringt das kleine Werkchen uns auch nicht der Weisheit letzten Schluß, zeigt es uns auch nur ein Stück des Landes Utopia, so lohnt es doch, es zu lesen. -th.

Die Geschichte zweier Städte.

(57) Roman von Charles Dickens.

„Ich werde gar nicht unruhig. Es kann mich durchaus nicht beunruhigen, wenn Sie etwas ernst auffassen."

„Ach!" sagte Carton mit einer gleichgültigen Bewegung der Hand, als ob er dies wegstreifte. „Bei der fraglichen Gelegenheit (eine von einer langen Reihe — wie Sie wissen) war ich unerträglich mit einem Gemütszustand von Sie gern haben und nichts dafür haben. Ich wünschte, Sie könnten es vergessen."

„Ich habe es längst vergessen."

„Wieder eine bloße Redensart. Aber, Mr. Darnay, mir fällt das Vergessen nicht so leicht, wie Sie es bei sich darstellen wollen. Ich habe es keineswegs vergessen, und eine meine Worte leicht dinnehmende Antwort trägt nichts dazu bei, es mich vergessen zu machen."

„Wenn Sie meine Antwort für leichthin gegeben halten, so bitte ich um Verzeihung," sagte Darnay. „Ich wollte nur von einer Kleinigkeit abkommen, die Ihnen zu meiner Verwunderung so schwer auf der Seele liegt. Ich erkläre Ihnen auf das Wort eines Gentleman, daß ich die Sache längst vergessen habe. Guter Gott! was war dabei zu vergessen? Hatte ich in dem großen Dienste, den Sie mir an jenem Tage leisteten, nicht Wichtigeres zu bedenken?"

„Was den großen Dienst betrifft," sagte Carton, „so fühle ich mich verpflichtet, Ihnen zu gestehen, wenn Sie in dieser Weise davon reden, daß es ein bloßer Apolaxeffekt war. Ich weiß nicht, daß ich mich bekümmerte, was aus Ihnen würde, wenn ich Ihnen diesen Dienst leistete — Merken Sie wohl! Ich sage: Als ich ihn leistete; ich spreche von der Vergangenheit."

„Sie stellen die Verpflichtung als sehr leicht dar; aber ich will nicht über Ihre Antwort böse sein."

„Die reine Wahrheit, Mr. Darnay; glauben Sie mir! Doch ich bin von meinem Zwecke abgekommen; ich sagte, ich wünschte, mir möchten Freunde sein. Nun kennen Sie mich, Sie wissen, daß ich aller höheren und besseren Bestrebungen unfähig bin. Wenn Sie es bezweifeln, so fragen Sie Stryver, und er wird es Ihnen sagen."

„Ich ziehe vor, mir meine eigene Meinung zu bilden, ohne ihn zu Hilfe zu nehmen."

„Gut! Jedenfalls wissen Sie, daß ich ein liederlicher Mensch bin, der nie zu etwas Gutem nütze ist und sein wird."

„Ich weiß nicht, was Sie sein werden."

„Aber ich weiß es und Sie müssen mein Wort dafür nehmen. Gut: Wenn es Ihnen nichts ausmacht, einen so ruchlosen Kerl und einen Kerl von so zweideutigem Rufe gelegentlich hier aus und ein gehen zu sehen, so bitte ich, mir zu erlauben, daß ich als privilegierter Person hier kommen und gehen darf, daß man mich als ein nutzloses Stück Möbel betrachte, das aber Dienste mögen geduldet und nicht weiter beachtet wird. Ich glaube nicht, daß ich die Erlaubnis mißbrauchen werde. Ich werde hundert gegen eins, daß ich sie schwerlich viermal des Jahres benutze. Aber ich gestehe, es wurde mir eine Befriedigung sein zu wissen, daß ich sie hätte."

„Wollen Sie's versuchen?"

„Daß heißt mit andern Worten: daß Sie mich ganz so betrachten wollen, wie ich's wünsche. Ich danke Ihnen, Darnay. Ich darf mir diese Freiheit mit Ihrem Namen erlauben?"

„Ich sollte meinen, Carton."

Sie schüttelten sich derzeit die Hand, und Sydney wendete sich ab. Eine Minute später war er allem äußeren Anschein nach so sehr ein bloßes Nebenjutut wie je. Als er fort war und im Verlaufe eines mit Mr. Pros, dem Doktor und Mr. Lorry zugebrachten Abends erwähnte Charles Darnay diese Unterredung in allgemeinen Andeutungen und sprach von Sydney Carton als einem Rätsel der Sorglosigkeit und Unbekümmertheit um die Zukunft. Er sprach nicht von ihm in bitteren oder tadelnden Ausdrücken, sondern wie jemand, der ihn sah, wie er sich zeigte.

Er hatte seine Ahnung, daß sich seine hübsche junge Gattin darüber Gedanken machen würde; aber als er später in ihr Zimmer zu ihr kam, wartete sie auf ihn mit dem alten hübschen, fragenden Ausdruck auf der Stirn.

„Wir machen uns heute abend Gedanken?" — sagte Darnay, indem er seinen Arm um sie legte.

„Ja, liebster Charles," sah sie ihm zur Antwort, indem sie ihn fragend und aufmerksam ansah, „wir sind ziemlich nachdenklich heute abend, denn wir haben etwas auf dem Herzen."

„Was ist es, liebe Lucie?"

„Willst du mir versprechen, mich nicht mit einer Frage zu bedrängen, wenn ich dich bitte, sie nicht zu stellen."

„Ich ich es versprechen will? Was würde ich nicht meiner Lucie versprechen?"

„Ja, wahrhaftig! Was hätte er ihr verlagen können, wie er ihr mit der einen Hand das goldene Haar von der Wange zurückstrich und die andere auf das Herz legte, das für ihn schlug?

„Ich glaube, Charles, der arme Mr. Carton verdient mehr Rücksicht und Achtung, als sich in den Worten, die du heute von ihm brauchtest, ausspracht."

„Wahrhaftig, mein Herz? Wieso?"

„Das ist eben das, was du mich nicht fragen sollst. Aber ich glaube — ich weiß, er verdient es."

„Wenn du es weißt, so genügt es. Was verlangst du von mir, mein Leben?"

„Ich wollte dich bitten, Liebster, immer sehr entgegenkommend gegen ihn zu sein und sehr nachsichtig mit seinen Fehlern, wenn er nicht dabei ist. Ich wollte dich bitten zu glauben, daß er ein Herz hat, das er leiden läßt jetzt, und daß tiefe Wunden darin sind. Geschehen, ich habe es klinten sehen."

„Es schmerzt mich tief" sagte Charles ganz erstaunt, „daß ich ihm irgendwie unrecht getan habe. Ich habe dies nie von ihm gedacht."

„Lieber Mann, es ist so. Ich fürchte, er ist nicht anders zu machen; es ist kaum zu hoffen, daß in seinem Charakter oder in seinen Vermögensverhältnissen noch etwas zu bessern ist. Aber ich bin überzeugt, daß er des Guten und selbst des Großen und Großherzigen fähig ist."

Sie sah in der Reinheit ihres Glaubens an diesen verlorenen Menschen so schön aus, daß sie ihr Gatte jene Stunderlang hätte anblicken können. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190603-12/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Fritz Steidl-Gesellschaft.
„Die Hochzeit des Maharadscha".
Grosse Ausstattungsschau in 6 Bildern v. Berg.
Musik v. Viktor Holländer.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 4. Juni 1919,
Anfang 7½, Ende 10½ Uhr:
Martha
Oper von Flotow.
Donnerstag:
Anfang 7 Uhr:
Lohengrin.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Orpheum
12 Steinweg 12.
Ab Heute:
Verworrene Wege.
Kriminalistische Begebenheit in 5 Akten
Der neugeborene Vater
Lustspiel in 3 Akten.
Voranzeige!
Ab Freitag: Das große Festtagsprogramm.
Henny Porten
in
Die blaue Laterne.

Elektrisches
Install.-Material,
Glühlampen,
Pendel.
Rast.
2616 Geiststr. 28.

Bad Wittekind.
Mittwoch, den 4. Juni 1919
abends 8 Uhr:
Extra-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister Otto Haupt.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 75 Pfg.
„ Kinder 40 „
Nachzahlung für Abonnenten: Erwachs. 50 Pf., Kind. 25 Pf.

Apollo-Theater
Operetten-Gastspiel des Kölner Metropoltheaters.
Täglich abends 8 Uhr:
„Wo die Lerche singt . . ."
Operette v. Franz Doelle.
Bilma . . Emmy Sturm u. G.
Vorverkauf 9—1 u. 3—½7.

Guttemplerlogenhaus am Kugelberg,
Weißenfels a. Saale.
Dienstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr
49. Deutscher Volksabend
Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann-Kulschke, Sprach- und Rassenforscher, Halle, über
„Die Bedeutung der Ausgrabungen und Forschungen im alten Orient."
Jedermann ist herzlichst eingeladen.
Karten sind zum Preise von 50 Pf. im Vorverkauf des Dürerhauses des Vereins Wohlfahrt Nikolaistraße 26 zu haben.
Verein Wohlfahrt e. V. (Guttemplerlogen).

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2050
R. Sachse, Hohenmölsen
Lützener Str. 7.

Bohnerwachs
allerbeste Qualität
sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Beste Sorte 3749
Kautschuk-kopiertücher
liefern
Hindorf & Marx.
Vertreter: Reinhold Heinze, Halle, Thomasiusstraße 16.

Scheuertücher
sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Zu Pfingsten:

Seidene Bänder	Breite 5 9 12 20	
in marine, rot, hellblau	mtr. 85 95 1.40 2.95	
Hauben u. Stirnnetze	in allen Farben Stück	1.35
Gummi-Strumpfhalter	für Damen Pa. 3.95 4.95	6.50
Strumpfhalter	für Kinder Pa.	1.45
Strumpf-Gummiband	Meter	5.75
Kinder-Kragen	weiss mit Stickerei Stück 1.45, 1.95	2.10
Kinder-Garnituren	weiss m. Stickerei Stück 2.50, 3.75	4.50
Kieler Knoten	Stück 0.75, 1.25	1.45

Wir bitten unsere Schaufenster zu beachten.
Brummer & Benjamin,
Gr. Ulrichstraße 22/23. 3735

Rote Gummiringe
für Einkochgläser bei
Ferdinand Dehne Nchf.,
Gr. Steinstr. 15. Fernspr. 6235.

Hippodrom Wintergarten.
Dir.: Georg Arndt.
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
Heute Dienstag abend 8½ Uhr:
Grosser Boxkampf.
Heisse (Amateur-Weltmeister) gegen **Urbansky** (Meisterringer u. Boxer v. Polen).
Ferner ringen:
Buchheim gegen **Jaeneck**
Urbansky gegen **Pache**
Entscheidungskämpfe
Gemel gegen **Metzner**
v. d. Heydt gegen **Axel Schmidt**
Wer wird siegen?
Eintrittskarten an der Tageskasse im Vorverkauf 11—1 Uhr. Telephon 2185.
Der Reitsport
findet täglich bei gutem Wetter ab 4 Uhr in dem schönen, schattigen Garten des Wintergartens statt.
Vorzügliches Pferdematerial.
Gute Speisen und Getränke.

Neu eingetroffen:
Handbuch der Dreherei
von Aug. Loß-Halle
80.—90. Tausend.
41.—45. Auflage.
Preis 9,35 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung der „Volksstimme".

Rosshaarbesen und Rosshaarhandfeger
in bester Qualität
sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Lehrgang
für Sozialarbeiter, Erzieher und Freunde der Volksjugend in der Zeit vom 13.-26. Juli im Guttemplerlogenhaus am Kugelberg . . . . Weissenfels a. Saale.
Vortragsreihen und Einzelvorträge über: Bodenreform, Volksgesundheit, Volkskunde, Rassenkunde, wissenschaftl. Sozialismus, Deutschsoziale Dichtung, Körperkunde und -Pflege, Um Gott, Um die Jugend u. a. m. 3748
Die Vortragenden sind sämtlich bekannte Fachkundige und Sozialarbeiter, Namen geben Werbeblatt und die Vortragsfolgen bekannt. Lehrstunden vormittags und abends, Spielnachmittage, Wanderungen, Volkslied und Tanz
Verpflegung und Wohnung billigst und bestens. Unterstützung durch Regierung beantragt. Kosten nach Voranschlag mässig, mit Wohnung und Verpflegung nicht mehr als 100,00 Mark, ohne Wohnung und Verpflegung 50,00 Mark
Alle nähere Auskunft erteilt und Voranmeldungen nimmt entgegen:
Verein Wohlfahrt e. V.,
Weissenfels a. Saale, Kugelberg 34/36.
Theuermeister, Vorsitzender.

Preußischer Beamtenverein.
Die Kohlenstelle, Thierlenstr. 2, nimmt von den Mitgliedern Bestellungen an auf
Brennholz.

Neu eingetroffene
Baumwollwaren

Hemdentuche 80 cm breit	Meter 15.50, 12.50, 11.75,	10.25
Rohnessel 80 cm breit	Meter 14.50, 11.—,	10.50
Blauleinen 80 cm breit	Meter 11.—,	9.50
Crême Baumwollflanell 80 cm breit	Meter	14.50
Weißer Köperbarchent 80 cm breit	Meter 17.50,	16.50
Baumwoll-Musselin 80 cm breit	Meter 11.—,	10.50
Zephir für Blusen und Sporthemden 80 cm breit	Meter 18.50,	11.00
Blusenflanelle 80 cm breit	Meter 19.50, 16.50, 13.50,	12.75
Voile, moderne Streifen,	Meter 15.75	14.75
Blaudruck grosse Breite	Meter	16.50
Hauskleiderstoffe 100 cm breit	Meter	16.75
Köper-Satin für Kleider und Schürzen 100 cm breit	Meter	20.00

Wir bitten unsere
Spezial-Schaufenster
zu beachten.
Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22/23.

Bekanntmachung!
1000 Mark (Eintausend Mark) Belohnung!

Am 28. Mai 1919, vorm. gegen 10 Uhr, wurde der Eisenbahnaushelfer Paul Gebhardt, Beesenerstraße 18 wohnhaft, der mit einer großen Summe Geldes von der Stationskasse in der Thielenstraße nach der Betriebswerkstatt in der Berlinerstraße unterwegs war und auf den Bahngleisen entlang ging, etwa gegenüber der Volkmannstraße von einem Manne in Soldatenuniform mit den Worten angehalten: „Wenn Dir Dein Leben lieb ist, dann gib die Tasche her!" Fast gleichzeitig gab der Täter aus einer Armeepistole (Kalib. 7,65) einen Schuß ab, der Gebhardt lebensgefährlich verletzte. Es gelang dem Schwerverletzten aber mit der Geldtasche zu entfliehen, während der Täter sich gegen den Eisenbahnboten Ender wandte, der Gebhardt begleitet hatte. Ender ist durch einen Schuß in den Rücken ebenfalls verletzt worden. Der Täter hat darauf die Flucht ergriffen, ohne Geld erlangt zu haben. Er wurde kurze Zeit vor der Tat gegenüber dem Grundstück Volkmannstraße 1 beobachtet, wie er sein Fahrrad (angeblich ein Damenrad mit gelben Felgen) an die Umzäunung des Bahngeländes stellte, sich an dem Zaun zu schaffen machte und schließlich durch eine Lücke im Zaun auf den Bahnkörper kroch. Kurz nach der Tat ist er auf demselben Rade nach der Berlinerstraße, Ludwig Wuthererstraße, Richtung Reilstraße zu gefahren.

Der Täter wird wie folgt beschrieben: 23—25 Jahre alt, etwa 170 bis 175 cm groß, mit dunklem Haar, engl. geschnittenen dunklen Schnurrbart, gesundem, schmalem, braungebranntem Gesicht, dunkle Augenbrauen, er trug eine graue Militärmütze, hohen Kragen am Waffenrock, Schirmmütze und Wickelgamaschen mit schwarzen Schuhen.

Für die Ermittelung des Täters ist von dem Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Diese Summe kommt auch zur Verteilung unter diejenigen, die zwar nicht den Täter selbst bezeichnen können, welche aber doch Umstände, Wahrnehmungen und Anhaltspunkte zu den Akten 2 J. 1462/19 der hiesigen Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 36 oder 38 mitteilen, die zur Ermittelung des Täters führen.

Ueber die Verteilung der Belohnung entscheidet der Herr Regierungspräsident unter Ausschluß des Rechtsweges.

Halle a. S., den 30. Mai 1919.

Der Erste Staatsanwalt.

Soeben wieder eingetroffen:
Friedrich Engels
Die Entwicklung des Sozialismus
von der Utopie zur Wissenschaft.
Preis: brosch. Mk. 2,—.
Buchhandlung der Volksstimme.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
Pfingst-Personenverkehr.
Wegen Knappheit an Lokomotiven und Kohlen ist die Eisenbahn nicht in der Lage, für den Personenverkehr zu Pfingsten Sonderleistungen zu übernehmen. Mit Zurückbleiben beim Reisenden oder unterwegs muß daher gerechnet werden.
Alle nicht unbedingt nötigen Reisen müssen daher unterbleiben.
Halle (Saale), im Juni 1919
Eisenbahndirektion.

Der diesjährige
Kirschenanhang
in 7 großen und mehreren kleineren Plantagen, soll am Sonnabend, den 7. ds. Mts., nachm. 2 Uhr, im hiesigen Rathaus unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen, öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkauft werden. 3755
Querfurt, den 2. Juni 1919.
Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190603-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 123. Halle, Dienstag, den 3. Juni 1919. 3. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 3. Juni 1919.

An die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis.

Am Donnerstag, der 5. Juni, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des St. Nicolaus, Nicolaistraße, unsere

Mitgliederversammlung

statt.

Auf der Tagesordnung steht:

1. **Diskussion über die Anträge an den Parteitag in Weimar.**
2. **Vereinsangelegenheiten.**

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten.

Der Vorstand.

Sitzung der Stadtverordneten.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten hatte eine Tagesordnung von 38 Punkten, die anschließende nichtöffentliche Versammlung noch einmal 9 Punkte. Es sind im allgemeinen Bauachen, deren Erledigung lange drängt, aber auch aktuelle Fragen. Zunächst kommen einige Eingänge zur Verlesung, die z. T. auf städtische Angelegenheiten bezug haben, z. T. Petitionen städt. Beamten bilden. Sie werden teils den Kommissionen übermiesen, teils auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Der erste Punkt der Tagesordnung gibt sofort

Anlaß zu reger Auseinandersetzung.

Es handelt sich um die seitens der U. S. P. geforderte Demission der Magistratsmitglieder. Antrag Keil (Dem.), den Punkt erst als letzten zu behandeln, wird gegen die bürgerlichen Parteien mit geringer Mehrheit abgelehnt. Koenen (U. S. P.) begründet den Antrag mit der neuen Zusammensetzung des Stadtparlaments. Es handele sich vorläufig darum, daß der Magistrat sich grundsätzlich bereit erkläre sich in Verhandlungen über Umformung der Verwaltung einzulassen. Die unbesoldeten Stadträte aber müßten

sofort abdanken,

damit durch deren Ersetzung durch Sozialdemokraten eine paritätische Zusammensetzung des Magistrats gewährleistet sei. Im politischen und praktischen Interesse sei es, sofort an die Neugestaltung der städtischen Verwaltung zu gehen. Keil (Dem.) lehnt die Vorlage in vollem Umfange ab. Man sei dem Magistrat zu Dank verpflichtet für seine aufopfernde Tätigkeit. Es sei falsch, nach politischen Gesichtspunkten solche Aemter zu besetzen. Es

fehlt jede Berechtigung,

dem Magistrat ein solches Mißtrauensvotum auszusprechen. Steinbrück (Natl.) schließt sich an Kleeis (S. P. D.) ist grundsätzlich einverstanden. Was die unbesoldeten Stadträte betrifft, so schließen wir uns vollinhaltlich dem Antrag an, lehnen aber ab, daß der gesamte Magistrat abdanken soll. Im Prinzipe sind wir einverstanden. Koenen (U. S. P.) weist verschiedene Aeußerungen der Vorredner zurück und spricht nochmals für den Antrag. Dagegen wenden sich Fischer (D. V.), Keil (Dem.), Herzfeld (Dem.). Die Demokraten versteifen sich auf den Rechtsstandpunkt. Sie hätten es begrüßt (!) wenn die Stadträte demissioniert hätten verlangen aber könne man es nicht. Bock (U. S. P.) polemisiert gegen sie, besonders kritisiert er den Rechtsstandpunkt. Wenn Sie es mit der Demokratie ernst meinen, müssen Sie den Antrag Koenen annehmen. Albrecht (U. S. P.): Auch das Recht der Fürsten, sogar das Recht von Gottes Gnaden besteht nicht mehr! Im Interesse unserer Wähler ist das das Wenigste, was wir verlangen. Es gibt noch eine Rechtsbehelfe zwischen Koenen und Bock (U. S. P.) und Finger (D. V.). Abstimmung erfolgt getrennt. Für den ganzen Antrag stimmen nur die Unabhängigen. Ein Antrag Kleeis (S. P. D.): „Die Versammlung der Warte von den unbesoldeten Magistratsmitgliedern, daß sie ihre Mandate niederlegen, damit eine Neugestaltung des Magistrats in die Wege geleitet werden kann," wird von den Sozialdemokraten und etwa 10 Demokraten angenommen. — Es folgt die Interpellation betr. Garnisonierung der Landesjäger in Halle, Albrecht (U. S. P.) begründet sie. Die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen Verlegung der Regierungstruppen hierher. Es seien Pressenotizen erfolgt, die von einer Verlegung Ihrer Landesjäger handelten. Daher die Interpellation. Der Magistrat erklärt: Verhandlungen betr. Verlegung der Landesjäger hierher haben nicht stattgefunden, die Pressenotizen gehen nicht vom Magistrat aus. Es erfolgt eine Besprechung. Die Unabhängigen warten wieder mit allerlei Material auf, es sprechen von Osterburg, Knauthe, Kürbs; von Bürgerlichen erwidert Minner (Dem.) und Keil (Dem.). Die Debatte ist recht lebhaft. Es pagelt Zwischenrufe auf beiden Seiten. „Kostet Butter! Fleisch! Meseberg! Klüber! A. Schmidt! Provinzialmuseum!" Schließlich stellt Kleeis (S. P. D.) Antrag auf Schluß der Debatte. Es sei fruchtlos weiter zu debattieren, die Meinungen würden da nie zusammenkommen und eine Abstimmung würde nicht folgen. Gegen die U. S. P. wird das angenommen. Die weiblichen Mitglieder bedürfen noch arg der parlamentarischen Schulung. Oder glauben die Damen rechts, daß überlautes Lachen, die Linke, daß laute Zwischenrufe Beweisargumente für die Richtigkeit ihrer Ansichnung seien? Es folgt Antrag der S. P. D. „Der Magistrat wolle im Einvernehmen mit dem Kollegium eine Stelle schaffen, der obliegt, große, den Zeitverhältnissen entsprechend, nicht voll ausgenützte Wohnungen zu vermitteln und sie umfangreicher als bisher der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Die bisherigen Maßnahmen in dieser Richtung entsprechen nicht den durch die große Wohnungsnot hervorgerufenen Bedürfnissen." Kleeis begründet kurz, es gäbe keine diesbezügliche Stelle und es geschehe viel zu wenig in der Beziehung. Grafe (U. S. P.) will die Funktion dem Arbeiterrat zu übertragen. Herzfeld (Dem.) widerspricht und bezweifelt andererseits, daß Wohnungswucher getrieben wird. Dazu die Wiedereinigungsamt in Halle (Dem.) beantragt Ueberweisung ans Wohnungsamt. Frl. Schrecker (Dem.) befürwortet das. Das Wohnungsamt arbeite jetzt sehr gut und es wäre falsch, noch ein Amt daneben zu setzen. Stadtrat Dr. Kinne schließt sich an. Keil (Dem.) beantragt mit Erfolg Schluß der Debatte. Die Abstimmung ergibt Ueberweisung an den Kleinwohnungsausschuß. Durch das dauernde in den Vordergrundschieben des Arbeiterrates seitens der Unabhängigen, konnte so die geplante wohltätige Maßnahme nicht verwirklicht: werden. Kleeis zog den Antrag in letzter Minute, da die Fraktion weder rechts noch links Unterstützung fand zurück.

Nun kommt eine ganze Reihe von Magistratsvorlagen zur Annahme. Zur Verwendung von Plätchen nördlich der Ladenbergstraße zur Erbauung eines Jugendheimes wird die Aufhebung der Straßenfluchtlinie der Jonasstraße zwischen Wolf- und Ladenbergstraße und der Carlseinfahrt zwischen Delisch- und Liebenauer Straße nötig. Ref. Balke (Dem.). Für den Johannesplatz, wo an den Bauzeiten für Kleinwohnungen Bauland verkauft worden ist, wird eine neue Fluchtlinie festgesetzt im Interesse der Gewinnung geeigneter Grundrisse und guter einheitlicher Ausbildung der Häuser. Die dem Verein verkaufte Fläche wird dadurch um rund 155 Quadratmeter kleiner. Ref. Brömme (Dem.). Für die Bearbeitung von Kanalisationsprojekten werden 50 000 Mark aus der Anleihe von 1910 bewilligt. Ref. Minner (Dem.) und Brömme (Dem.). Instandsetzungsarbeiten am Nordfriedhofe erfordern 12 500 Mark. Ref. Wolf und Sorge (Dem.). Aenderung des städtischen Bebauungsplanes (Delischer Straße). Ref. Knauthe (U. S. P.). Desgleichen wird die Fluchtlinie für die Talstraße zwischen Weinbergweg und der Heide abgeändert. Es handelt sich u. a. um Aufhebung des Zwanges zu Vorgärten. Ref. Heine (D. V.). Mit dem Bau des Kanals für die Tiefgebiete (das Gelände der von der Herberslaate und dem Mühlgraben einerseits, sowie der Wilden Saale und der Elisabethsaale andererseits begrenzten tiefliegenden inselartigen Stadtteile) soll demnächst begonnen werden. Die Versammlung beschließt, die Mittel bis zum vierfachen Betrage zu erhöhen. Ref. Lehmann und Kleeis (S. P. D.). Mit Rücksicht auf den Neubau der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen muß die Zufahrtstraße am Westeingang des Nordfriedhofes verlegt werden. Ref. Knauthe und Reimand ((U. S. P.). Ferner beschließt man eine Fluchtlinienänderung für die Zeppelinstraße. Ref. Brömme (Dem.). Desgleichen für die Rudolf-Haym-Straße. Ref. Volbracht (S. P. D.). Die Durchführung des zweigleisigen Betriebes der Straßenbahn durch die Burgstraße macht den Erwerb von 60 Qm. Fläche vom Grundstück Mühlweg Nr. 1 nötig. Ref. Heine (D. V.). Für 20 Motorwagen und 40 Anhängewagen, die schon im vorigen Jahre genehmigt worden sind, müssen nunmehr die elektrischen Ausrüstungen beschafft werden. Sie erfordern für die Motorwagen 700 000 Mark, für die Anhängewagen 49 420 Mark Kosten. Ref. Ritter (Dem.). Die Maschinenanlage des Stadtbahndepots in der Berliner Straße soll für 130 000 Mark an die Pommersche Kalksteinwerke Zarnstaff verkauft werden. Ref. Ritter (Dem.). Die Zuckerraffinerie Halle hat der Nationalstiftung für Kriegshinterbliebene in Berlin eine größere Zumendung gemacht mit der Bestimmung, daß hiervon 10 000 Mark der Stadt Halle zugewiesen werden. Ref. Gelhaar (U. S. P.). Desgleichen hat ein Bürger, der nicht genannt sein will, der Stadt 20 000 Mark zum Erwerbe eines Gemäldes für das Museum geschiftet. Auch hiervon nimmt man mit Dank Kenntnis. Ref. Manschewski (Dem.). Der Witwe des verstorbenen Straßenbahnkontrolleurs Löber wird eine freiwillige Beihilfe von 500 Mark jährlich bewilligt. Ref. Brömme (Dem.). Der Witwe des im Kriege gebliebenen Straßenbahnschaffners Schinkel bewilligt man für ihr Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre einen Zuschuß von 75 Mark jährlich. Ref. Osterburg (U. S. P.). Zur Deckung von 2425 Mark Mehrkosten für Arbeiten am Luftfühler des Schlachthofes werden die erforderlichen Mittel aus dem Erneuerungsfonds bewilligt. Ref. Melchke (F. V.). Die Stelle des Abteilungsvorstehers der Maschinen- und Heizungsabteilung des Hochbauamts beschließt man in eine Stadtbauinspektorstelle umzuwandeln. Gehalt 5500—7500 Mark jährlich. Ref. Bulje (D. V.).

Ein Antrag auf sofortige Auszahlung einer Teuerungszulage an die Gemeindebeamten und städtischen Arbeiter und eine Eingabe des Ortsvereins Halle des deutschnationalen Vereins für das mittlere Schulwesen und Nachzahlung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage an diejenigen Mittelschullehrer die im Oktober 1918 noch im Heeresdienst gestanden, werden dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Ref. Hoß (Dem.).

Durch Gemeindebeschluß vom 21. Februar wurde der Magistrat ermächtigt, die staatliche Genehmigung zur Aufnahme einer

Anleihe der Stadt Halle in Höhe von 42 Millionen Mark

durch Ausgabe von Inhaberpapieren zu erwirken. Die staatlichen Instanzen haben, was die Höhe der Schuldaufnahme anlangt, dem Antrage stattgegeben, bes weiteren aber die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber nur bis zum Betrage von zweiunddreißig Millionen genehmigt. Nachdem sich der Vorstand der hiesigen städtischen Sparkasse bereit erklärt hatte, von der Anleihe einen Betrag bis zu 8 Millionen Mark, davon 2 Millionen Mark in Obligationen, zu übernehmen, veranlaßte der Magistrat unter einer Anzahl auswärtiger und hiesiger Bankgeschäfte und sonstiger Kreditinstitute einen Wettbewerb für die Uebernahme der übrigen 36 Millionen Mark.

In Uebereinstimmung mit der Kämmereideputation hat der Magistrat auf diese unter den derzeitigen Verhältnissen äußerst günstigen Angebote den Zuschlag erteilt. Das von der Sparkasse der Stadt Halle in Aussicht gestellte Schuldscheindarlehn von vier Millionen Mark braucht infolge der Annahme der Ueberangebote der Bankfirma Ernst Haasengier & Co. nicht in Anspruch genommen werden und kann für spätere Bedarfsfälle der Stadtgemeinde in Bereitschaft bleiben. Die Sparkasse hat deshalb lediglich die restlichen 2 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber zu dem durch den Wettbewerb erzielten Kurse zu übernehmen. Die Versammlung erteilt nunmehr nachträglich die Genehmigung zu der bereits stattgehabten Vergebung von zusammen 40 000 000 Mark unter ferner zur Abgabe der restlichen 2 Millionen Mark der 4proz. Obligationen-Anleihe zum Kurse von 92,12 Proz. an unsere Sparkasse. Ref. Manschewski (Dem.).

Die Eingabe des Hallischen Lehrervereins auf Räumung der Schulen für Unterrichtszwecke wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der Unabhängigen: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, alle verfügbaren Mittel einzuwenden, um die Schulen vom Militär frei zu machen und alle Schulstätten so schnell wie möglich für die Bildungszwecke der Jugend wieder herzurichten, wird nach längerer Aussprache angenommen. Ref. Kürbs (U. S. P.). An der lebhaften Aussprache nahmen Busse, Ploennigs, Hoß, Stadträte Jost, Brendel, Kinne teil.

Die nächste Sitzung wird für Mittwoch künftiger Woche anberaumt.

Die Notlage der städtischen Bureauhilfsarbeiter.

Die Vereinigung städt. Bureauhilfsarbeiter und -arbeiterinnen schreibt uns: Schon seit Wochen sind Bestrebungen im Gange, die Notlage der städt. Bureauhilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu heben. Bei einer Entlohnung von 5—7 Mk. ora Tag für Lohige und Verbeitatete ist es wohl nicht möglich, damit den Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Magistrat will nun anscheinend die Notlage nicht anerkennen und versucht, Verhandlungen hinauszuschieben. Daß die Stimmung der Angestellten höchst erbittert ist und wenn sie zur Selbsthilfe schreiten, so wird wohl die Bewohnerschaft dieses verstehen können.

Und der Balken in deinem Auge?

Ein sozialistischer Student schreibt uns:

Im Artikel „Moral der Kapitalistenpresse" in der letzten Sonnabendnummer des „Volksblattes" entrüstet sich dies über ein in den „Hall. Nacht." erschienenes Inserat: „Zwei ja. Mdch., 16 bis 17 Jahre, such. b. Bef. am. gleichalt. H. zum Zeitvert." Nun frage ich: Seit wann hat das sonst für freie Jugendentwicklung eintretende Organ so wenig Verständnis für einen von frischer Jugendlichkeit zeugenden Geschlechtstrieb? Zumal man auf der nächsten Seite derselben Nummer des Volksblatts ein in die Augen stechendes Reklameinserat findet: „Neu! Die Nacktheit! Neu! . . . Für den Handel freigegeben. . . . Aufsehenerregende Naturaufnahmen! . . . Intime Frauenszenen! 1061 Bilder! Zweimal beschlagnahmt gewesen! . . ." Als Kommentar hierzu mögen die eigenen Worte des oben angegebenen Artikel des Volksblattes dienen: „Es ist eine Prosit- und Geldsucht des kapitalistischen Blattes, auf den Inhalt kommt es nicht an. Ob widersinnig oder durchgedacht, ob abscheulich, gemein oder edel; es bringt Geld. . . " Die Macher des Blattes müssen ja sehr von dem eigenen und des Lesers sittlichen Wert überzeugt sein, wenn sie derartige Zeilen aufnehmen. „Wo bleibt hier die Entrüstung?". frage ich der gesamten vernünftigen Arbeiterschaft?? Wie lange noch wird sie sich solche Kost bieten lassen?

A. K.

Der neue Sommerfahrplan.

Ein neuer Fahrplan, der auch wieder D-Züge und durchgehende Personenzüge vorsieht, ist seit dem 1. Juni in Kraft. Wir entnehmen ihm folgende Abfahrtszeiten:

Ab Halle in der Richtung Berlin: 1.05, 2.10, 6.00, 5.36 D, 6.22 D, 9.05 D, 10.56, 1 10 D, 2.08, 4.25 D, 5.35 D, 6.00 9.50 W (bis Wittenberg).

Richtung Thüringen: 4.30 (nach Mücheln), 4.52, 5.02, 7.45, 10 59, 11.25 D, 12 24 W (nach Mücheln), 12.35, 1.58, 3.25 W (nach Rössen), 6 20, 8.30 (nach Mücheln), 9.03, 9.50, 8.23 D (Corbetha).

Richtung Leipzig: 5.42, 7.50, 8.42 D, 1 43 W, 4.30, 6.38 D, 6.58, 9.55, 10.38 D.

Richtung Kottbus: 6.45, 2.48 D, 3 05, 6.13 W.

Richtung Sangerhausen: 4.45 W, 6.05, 8.44 1.27 D, 1.58, 6.15, 9.49.

Richtung Halberstadt: 4.18, 11.16, 3.38, 6.16, 10.27.

Richtung Magdeburg: 6 38, 7.11 D, 11.13 D, 1.38, 3.44 W, 8.36, 10.12 D.

* **Vorsicht! Verleumdung!** Seit Tagen wird Halle überschwemmt mit Flugblättern, in der auf gemeinste Art Verhetzung ins Volk getragen wird. Es handelt sich um Elaborate, die ein Verein für Volksaufklärung in Berlin herausgibt, der bekanntlich alldeutsch-antisemitisch orientiert ist. Die Flugblätter wenden sich vornehmlich an die Arbeiter, denen in jeder Form eingetrichtert werden soll, daß die einzig Schuldigen an allem Uebel die Juden seien. Ein Flugblatt Nr. 5 treibt es besonders arg damit und bringt geradezu zum Programm auf, während in anderen „Sozialismus eine jüdische Erfindung" genannt wird und die Arbeiter vor der Sozialisierung gewarnt werden, da diese nur für die Juden Vorteile bringe. Der ganze Schwindel ist zu durchsichtig, als daß auch nur ein aufgeklärter Arbeiter nicht die Wische lächelnd wegwürfe. Aber es ist doch bezeichnend, zu welchen Mitteln jene Herren von gestern greifen müssen, um ihre Deutschnationalität gegen den Sozialismus zu verteidigen.

* **Personalveränderungen in Verwaltungsstellen.** Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Geh.-Rat von der Schulenburg, der seit dem Rücktritt von Hegels an der Spitze der Provinz stand, wird am 1. Juli in den Ruhestand treten. Regierungspräsident Dr. jur. Mietzsitsched von Wischkau wird voraussichtlich am 1. Oktober aus seinem Amte scheiden. Ueber die Neubesetzung der beiden Aemter ist noch nichts bekannt. Der Landrat für den Kreis Neuhaldensleben, von Kotze, ist seit vier Wochen beurlaubt. Er wird nicht in sein Amt zurückkehren, an seiner Stelle wird Genosse Adolf Fischer aus Hannover Landrat für den Kreis Neuhaldensleben. Genosse Fischer ist von Beruf Buchdrucker. Er gehört der Nationalversammlung als Vertreter des 16. Wahlkreises (Hannover) an und war Mitglied des alten Reichstags seit 1912.

* **Wichtiges zu dem Raubüberfall an der Bolkmarkstraße.** Nachträglich ist eine Zeugin ermittelt worden, die erst jetzt gehört werden konnte und die über den Täter abweichende Angaben von den früher veröffentlichten macht. Danach soll er nicht Wickelgamaschen, sondern eine lange Hose und Radfahrklammern getragen haben. Das Fahrrad soll ein Damenrad gewesen sein; an dem einzelne Speichen gefehlt haben und an dem sich ein für Damenfahrräder üblicher Kleiderschutz (oeln und Speeraz) über dem Hinterrade befunden hat. Die neuere Beschreibung des Täters ist vielmehr zu seiner Ermittelung geeignet, da ein Damenfahrrad seiten von einem Herrn gefahren wird. Wem ein solcher Radfahrer aufgefallen ist, wird erneut gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

* **Preiserhöhung des amerikanischen Schweinefleisches.** Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsfleischstelle hat mit Rücksicht auf das Sinken der Valuta sich genötigt gesehen, die Preise für das amerikanische Pökelschweinefleisch zu erhöhen. Das Fleisch wird künftig zu dem Kleinhandelspreis von 6,86 Mk. für das Pfund ausgegeben. Vom 1. Juni ab werden nach der Bekanntmachung des Ministeriums vom 9. Mai die Verkaufspreise je nach dem Einkommen der Haushaltungsvorstände gestaffelt, so daß die Verbraucher mit den höheren Einkommensklassen für das Pfund 8 Mark und 9,60 Mark zu bezahlen haben.

Vermißt. Seit 26. 5. wird der Schneidermeister Karl Gerlof, geboren am 24. 12. 1864 zu Zoentode, Kreis Gardelegen, hier, Torstraße 52 wohnhaft, vermißt. Beschreibung: 1,54 Meter groß, schlank, Haar dunkel, Zähne lückenhaft, Schnurrbart grau, Gesichtsfarbe blaß. Bekleidung: Dunkles Jackettanzug, schwarzer Hut, weißblau gestreiftes Barchenthemd, dunkelblaue Krawatte. Gerlof ist nervenleidend, es wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat. Wer über den jetzigen Aufenthalt des Vermißten Angaben machen kann, wird gebeten, sich im Polizeidienstgebäude, Treppauptstraße 4, Zimmer 41, zu melden.

* **Schwurgericht.** Am 31. Mai hatten sich vor den Geschworenen zu verantworten: 1. der Arbeiter W., 2. der Artist G., 3. die Ehefrau K., sämtlich aus Halle. Sämtliche Angeklagte werden des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt. W. beobachtete aus dem Fenster seiner Wohnung, wie viele Leute mit gefundenen und gestohlenen Sachen vorbeigingen und ging deshalb auch fort, um etwas zu suchen. Bei Michel drückte ihm ein Matrose einen Packen in die Hand, bei Ahmann warf ein Unbekannter ein Paket von oben herunter. W. nahm die Sachen mit nach Hause und holte sich später noch bei Michel 4 Stühle und 1 Rolle Stoff aus einem Schaufenster. Die Sachen hat er teilweise abgeliefert, aber eine größere Zahl derselben behalten und verkauft, weil er in Not war. Er wurde zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei dem zweiten Angeklagten lag die Sache erheblich schwerer. Er schien nur der „Macher" zu sein, denn er hatte eine Radehacke, um bei Pottel & Brostowski die Tür einzuschlagen. Als er wieder kam, war die Ausräumung aber schon im vollen Gange. Auch er will alles von anderen erhalten haben, bestreitet auch bei Michel gewesen zu sein, sagte aber zum Hausverwalter, bei Michel stände noch ein Bett, das sollte er sich holen. Schon am Sonntag vormittag befand er sich im Besitz geplünderter Sachen, die er gekauft haben will. Die Geschworenen sprachen ihn schuldig und verjagten ihm mildernde Umstände. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre waren beantragt. Bei Frau K. lag die Sache ähnlich, auch sie war der Verführung erlegen und hatte sich bei Lewin aufgestellt und von den herausgeworfenen Sachen einige Kleinigkeiten mit nach Hause genommen. In ihrer Bodenkammer waren erhebliche Mengen gefunden. Sie behauptete, diese Sachen für einen Mitbewohner versteckt zu haben. Auch bei ihr wurden die Schuldfragen bejaht, ebenso die Frage nach mildernden Umständen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis. Außerdem wurden sämtlichen Angeklagten die bürgerl. Ehrenrechte auf mehrere Jahre entzogen.

* Das 1. Volkstümliche Sonntagskonzert veranstaltet von der Kapelle des Füsilier-Regts. Nr. 36 am Sonntag, abends auf der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190603-12/fragment/page=0005

Pesenitz hatte sich bei herrlichstem Wetter eines außerordentlichen starken Besuches zu erfreuen. Die Leitung hatte Herr Kapellmeister O. Haupt. Ihm gebührt das Lob, die Künstlerschar in vollendeter Harmonie und künstlerischem Schwung unter seinem Stab zu vereinigen. Hervorzuheben ist der Solist des Abends, Herr E. Müller (Violine), der zum Gelingen des Abends ein gut Teil beitrug. Das im Garten dichtgedrängte Publikum zeichnete Dirigent, Solist und Kapelle mit herzlichem Beifall aus. Mögen dem 1. Volkstümlichen Sinfonie-Konzert bald weitere folgen.

* Die Ringkampfkonkurrenz im Hippodrom brachte gestern abend Meyners leichten Sieg über Herrmann, Bayern. Der starke Herrmann mochte springen und stoßen, auch sein „Satra" half ihm nichts, es zerschellte an der unerschütterlichen Ruhe und Gewalt des Berliners, der ihn im 3. Gange mit Untergriff glatt erledigte. Heiße Halle, schlug im Boxen Jaenek, Oesterreich, nach wenigen Minuten zu Boden. Ueber die heutigen Kämpfe siehe den Inseratenteil.

Stadttheater: Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr wird „Befiehl" wiederholt. Mittwoch „Martha", Oper von Flotow. Donnerstag „Lohengrin", diese Aufführung beginnt bereits um 7 Uhr. Freitag „Wilhelm Tell". Sonnabend „Der Barbier von Sevilla". Sonntag (1. Pfingstfeiertag) nachm. 3½ Uhr Volksvorstellung „Johannisfeuer", abends 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron", Operette von Johann Strauß. Montag (2. Pfingstfeiertag) nachmittags „Die Rose von Stambul", abends „Martha".

Bad Wittekind. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr findet Extra-Konzert von der Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolge enthält Tonwerke von Verdi, Goldmark, Beethoven, Mozart, Smetana, Liszt, Schubert, Wagner, Weber und Grieg. Der Besuch des Konzertes wird allen Musikfreunden wärmstens empfohlen. Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

Aus der Provinz.

Amsdorf. Am 30. Mai fand in Amsdorf eine außerordentliche Generalversammlung der Elektrizitätsleitungsgenossenschaft Ueberlandzentrale Amsdorf statt. Der Vorstand wurde einstimmig ermächtigt, das gesamte Unternehmen der Genossenschaft zu einem Preise zu verkaufen, der dem Nennbetrage der vorhandenen Genossenanteile, sowie Schuldverschreibungen und Mitgliederdarlehen entspricht und für diesen Preis Aktien der neu zu gründenden „Ueberlandzentrale Mansfelder Seekreis" für die bisherigen Genossen zu erwerben. Es sei noch bemerkt, daß der Mansfelder Seekreis die Hälfte aller Aktien übernimmt, was vom kommunalpolitischen und sozialen Standpunkte aus nach jeder Richtung hin zu begrüßen ist, weil dadurch das Unternehmen auch unbedingt wie bisher ein gemeinnütziges bleiben wird.

Weißenfels. Ferien-Lehrgang für Sozialarbeiter, Erzieher und Freunde der Volksjugend vom 13.—26. Juli im Guttempklerlogenhaus. In der Zeit vom 13. bis 26. Juli wird hier ein Lehrgang für Sozialbeamte, Erzieher, Lehrer, Seminaristen, Freunde der Jugend und solche, die es werden wollen, abgehalten. Die Vorträge finden jeden Tag früh und abends (grundsätzlich je eine Stunde Vortrag und eine Stunde Aussprache) statt. Die Nachmittage sind für Wanderungen, Sport und Spiel frei, die freien Abende sollen der Geselligkeit und allerhand Freundesberatung dienen. Die Vorträge stehen sämtlich über Partei und Konfession und sind dem Dienste am Volksganzen gewidmet. Für Verpflegung und Unterkunft ist sehr gut Sorge getroffen. Wohnungen von Wanderbriefe bis zur Wohnung im Fremdenhof sehr billig. Baldige Voranmeldung erwünscht. Nähere Bedingungen auf Anmeldungen durch und an die Geschäftsstelle des Vereins Wohlfahrt e. V., Weißenfels a. S., Kugelberg 34/36.

Naumburg. Alldeutsche Maulhelden. Sie erholen sich von dem Schreck, der ihnen in den Novembertagen in die Glieder gefahren ist, die Ueberpatrioten. Heiß und mit schlotternden Knieen hatten sie sich von der Bildfläche gedrückt. Jetzt wittern sie wieder Morgenluft und kommen hervor wie das Ungeziefer der Nacht und mit einer Frechheit, die an Naivität grenzt, beschimpfen sie in Pamphleten (die bei uns in dem von jeder in Arbeiterkreisen als Schmutzorgan erster Güte bekannten „Naumburger Tageblatt" erscheinen) alles, was die neue Zeit gebracht hat. Die Schmarotzer am Volkskörper, die erst mit Tränen in den Augen nach oben schielten und alles was unter ihnen stand mit Geringschätzung über die Achsel ansahen. In dem jüngsten Pamphlet: „Die Dummheit als politisches Prinzip" erhebt irgend so ein ehemaliger Feldwebel der armen Bevölkerung, der jetzt hier sich im Schutze der Regierungsstuben sicher wähnt, sein übles Geschrei. „Wir kennen euch, ihr Helden — euch ist der schwere Verlust am Volke noch nicht genug — hütet eure lose Zunge, daß ihr es nicht eines Tages bereut. Den Mut von euresgleichen haben wir zur Genüge kennengelernt." Zur Ohnmacht verurteilt, versuchen sie auf diese Art wieder Boden zu fassen. Eins haben diese Schreier vergessen und zwar: wenn in allen Völkern diesem Klüngel, der stets das Volk für seine alberne Aufgeblasenheit mißbrauchte, der Schnabel schon früher gestopft werden konnte, hätten wir den Krieg nicht gehabt, der unser Volk an den Rand des Bankrotts gebracht hat. Hier, in unserem Naumburg, wo sich die Helden sicher fühlen, führen sie eine Sprache, die weit über das Maß des Durchschnittlichen hinausgeht. Aber ändern an dem Lauf der Zeit können diese Maulhelden nichts — ihre traurige Glanzperiode gehört der Vergangenheit an.

Blankenheim. Am vergangenen Sonntag fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Arbeitersekretär Kleeis aus Halle über „Die Sozialpolitik im neuen Deutschland" sprach. Er schilderte insbesondere, was die neue Regierung schon alles hinsichtlich des Arbeiterschutzes, der materiellen Fürsorge usw. für die Arbeiterklasse getan hat. Die ständige Behauptung der radikalen Elemente, es sei noch nichts geschehen, sei unwahr. Durch die ständigen Zwischenrufe einiger Unabhängiger: „Roske", und „Was hamm' mer denn zu essen?", wurde Kleeis auch dazu gedrängt, die allgemeine Politik zu behandeln. Als dann in der Aussprache die Unabhängigen aufgefordert wurden, ihre Einwendungen sachlich darzulegen, hatte kein einziger den Mut dazu. So verlief denn die Versammlung sehr eindrucksvoll. Unserem in den letzten Tagen gegründeten Zweigverein der alten Sozialdemokratischen Partei traten eine Anzahl Mitglieder bei.

Aus dem Reiche.

Gelsenkirchen, 31. Mai. Die Stadtverordnetenversammlung in Gelsenkirchen beschloß gestern mit 31 gegen 28 Stimmen die Mittel und Bureauräume für den Arbeiterrat zu verweigern, darauf verließen die beiden sozialistischen Fraktionen zum Protest den Saal. Heute morgen fanden für das Fortbestehen des Arbeiterrats große Demonstrationen statt, sie hatten einen ruhigen Verlauf, die Beteiligung ist auf 20 000 Personen einzuschätzen.

Anträge

zu dem am 16. Juni 1919 und folgende Tage nach Weimar einberufenen Parteitag.

(Fortsetzung.)

Jugend und Bildung.

Spandau. Der Parteitag wolle beschließen, die Parteischule schnellstens ins Leben zu rufen, um jungen, befähigten Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich im Kampfe für den Sozialismus das nötige Rüstzeug anzueignen.

Niederbarnim. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt sobald als irgend möglich, eine Parteischule einzurichten. Die seit der Revolution der Partei zuströmenden Massen bedürfen zweifellos in umfassenster Weise der Aufklärung und politischen Schulung. Hierzu müssen geeignete Kräfte herangebildet werden. Das geschieht am zweckmäßigsten durch die Wiedereinrichtung einer Parteischule.

Ottensen. Der Parteivorstand erhält den Auftrag: Es ist allerschnellstens eine Bildungsschule zu schaffen. Diese soll den Nachwuchs für die Presse schaffen, Organisationsleiter und Genossen für die öffentliche Verwaltung bilden.

Bremen. Der Parteivorstand wird beauftragt, sofort die Parteischule wieder zu eröffnen oder eine ähnliche Institution zu schaffen, um eine größere Zahl von Genossen für die Agitation und die Parteiarbeit heranzubilden.

Niederbarnim. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, auf die Kreisvereine bzw. deren Leitungen nach Möglichkeit einzuwirken, daß Kurse in den einzelnen Kreisen und Bezirken eingerichtet werden, in denen die der Partei neugewonnenen Mitglieder in die Gebankenwelt des Sozialismus eingeführt werden. Diese Einführung ist unbedingt erforderlich, um die Parteimitglieder zu tatkräftigen Mitarbeitern und Kämpfern für die Sache des Sozialismus heranzubilden.

Frankfurt a. M. Der Parteitag wolle beschließen: In allen lokalen Korporationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind Jugendgruppen, die Genossen von 18 bis 25 Jahre umfassen, nach den gleichen Grundsätzen wie in Frankfurt a. M. zu bilden, welche ihre Mitglieder mit allen Strömungen des Sozialismus bekannt machen und sie zu echten Sozialisten erziehen. Zur gemeinsamen Arbeit ist eine Zentrale (Berlin) zu errichten, die alle Gruppen zusammenfaßt und mit neuem Material anregend leitet.

Lübeck. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sobald als möglich unsere früher bestandenen Bildungsinstitute (Parteischule, Wanderkurse) wieder ins Leben zu rufen und für den Ausbau dieser Einrichtungen Sorge zu tragen.

Hannover. Dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, wieder eine Parteischule ins Leben zu rufen, da durch die Folgen der Revolution der Partei viele Führer entzogen wurden, sei es, daß sie die leergewordenen Regierungsstellen besetzen oder sonst behördliche Stellen einnehmen mußten. Durch die nachfolgende Vergröberung der Partei wurde nun der verminderten Führerschaft eine große Arbeitslast auf die Schultern gewälzt.

Mülheim-Wipperfürth. Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens Mittel und Wege zu suchen, um eine durchreifende Bildung der tätigen Genossen in die Wege zu leiten.

Kiel. Der deutsche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei wolle den Parteivorstand beauftragen, in allen größeren Städten Parteivorschulen und in Berlin eine Parteischule zu errichten.

Der Zweck der Vorschulen soll sein, den Genossen eine Allgemeinbildung zu verschaffen, damit sie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Verständnis von deren Grundregeln erhalten.

Der Zweck der Parteischule in Berlin soll sein, den Genossen die Fähigkeit zu geben, an der Verwaltung des Staates, der Provinz, der Gemeinde sowie an den sonstigen speziellen Verwaltungen im Interesse der Arbeiterschaft teilzunehmen bzw. selbst zu übernehmen.

Danzig. Die Umwälzung vom 9. November 1918 hat im Gefolge, daß die tätigen Kräfte in der Partei immer mehr in die Dienste der Allgemeinheit treten müssen. Dieses bedingt, daß zur Parteiarbeit jüngere Kräfte in immer weiterem Maße zur Mitarbeit herangezogen werden müssen.

Um diese Kräfte heranzubilden und zu schulen, ist es notwendig, daß die Parteischule sobald wie möglich wieder eingerichtet wird.

Altona. Der Parteivorstand wird beauftragt, Richtlinien herauszugeben, wonach die Bezirks- und Kreisorganisationen verpflichtet sind, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und Kurse einzurichten, um dem Nachwuchs die Möglichkeit zu geben, sich für die agitatorische und verwaltungstechnische Tätigkeit heranzubilden.

Teltow-Beeskow. Im Hinblick auf die Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf das 20. Lebensjahr, verpflichtet der Parteitag die Parteiorganisationen, der Gewinnung und Erziehung der Jugend die größte Aufmerksamkeit zu widmen und besonders Gewicht auf die Organisierung und politische Unterweisung der 17—20jährigen zu legen.

Elberfeld-Barmen. In Erwägung, daß weite Volkskreise der sozialistischen Bewegung bisher noch vollständig fremd und verständnislos gegenüberstehen, das namentlich die Volksgenossen, die an der schnellen und durchgreifenden Herbeiführung einer Wirtschaftsform auf sozialistischer Grundlage das allergrößte und persönlichste Interesse haben, wie das große Heer der Angestellten aller Kategorien, der kleinen Beamten und Geschäftsleute, infolge mangelnder Erkenntnis und getäuscht durch die Verleumdungen unserer Gegner, den Sozialismus absolut falsch bewerten. In fernerer Erwägung, daß der Ausfall der Wahlen gezeigt hat, wie dringend nötig es ist, gerade diese Kreise von der Notwendigkeit der sozialistischen Forderungen in ihrem ureigensten Interesse zu überzeugen und sie dadurch fähig zu machen, der antisozialistischen Agitation ein eigenes Urteil gegenüberzustellen, beschließt der Parteitag: Es ist sofort eine über ganz Deutschland sich erstreckende großzügige Aufklärungsarbeit einzuleiten, die sich vor allem an die uns noch Fernstehenden zu wenden hat, die also entsprechend aufgebaut sein muß. Es ist hierbei in erster Linie zu berücksichtigen, daß erfahrungsgemäß die schriftliche Aufklärung durch Flugschriften usw. die in Betracht kommenden Kreise nicht erreicht, daß hier vielmehr vor allem die Aufklärung von Mund zu Mund angebracht ist. Der Parteitag beauftragt den Zentralbildungsausschuß in diesem Sinne ein geeignetes Programm auszuarbeiten und schnellmöglichst durchzuführen."

Emden. Wir fordern, daß der Parteitag in erschöpfender Weise den Neuaufbau der Arbeiterjugend-Organisationen behandelt und ausgehend von den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages und des Hamburger Gewerkschaftskongresses, Richtlinien für diese Bewegung festlegt, welche den heutigen Verhältnissen im neuen Deutschland Rechnung tragen.

Wir halten die Reorganisation der sozialistischen Jugendbünde für eine der elementarsten Pflichten des Parteitages, denn der größte Erfolg für die Partei wird es sein, wenn in die empfänglichen Gemüter der Arbeiterjugend die Lehren des Sozialismus gepflanzt werden. Die Ausbildung und Gewinnung geeigneten Nachwuchs muß durch den Arbeiter-Jugendbund geschehen und der Parteitag möge diesem Gebiet seine größte Aufmerksamkeit schenken.

5. sächsischer Reichstagswahlkreis. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, sich der Frage des Bildungswesens mehr als bisher anzunehmen, und der Volksbeschulung, bewegung ihrer Bedeutung gemäß Aufmerksamkeit zu schenken. Bildung dem Volke zu bringen ist Aufgabe der neuen Gesellschaft, öffentliche Mittel sind zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen.

Königsberg i. Pr. Den Parteivorstand zu beauftragen, Unterrichtskurse einzuführen, in denen über den Zusammenhang des Verwaltungswesens im Reich, Staat und Gemeinde unterrichtet wird. Geeignete Genossen sind nach Vorschlag der Ortsvereine vom Provinzialrat zu bestätigen. Die Kosten trägt der Parteivorstand.

(Fortsetzung folgt.)

Lebensmittel-Kalender.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 4. Juni. Es kann für jede Person eines Haushaltes ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pfennige für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie zum Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 228 des Warenbezugsscheines 23. Die Verkäufer sind verpflichtet die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadtverbährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von deutschem Dörrobst in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501 bis 40 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 40 001 bis 46 000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Viertelpfund auf Preise von 1 Mark für das Viertelpfund abgegeben werden. Das Dörrobst ist vor dem Kochen 24 Stunden in kaltem Wasser aufzuweichen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Puddingpulver und Backpulver in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501—40 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 40 001—46 000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Puddingpulver zum Preise von 40 Pf. und ein Paket Backpulver zum Preise von 10 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 4. Juni auf den Abschnitt 12 für die eingetragenen Kunden in den Verkaufsstellen des Molkereibesitzers John, Gr. Gosenstr. 17 und Kl. Ulrichstr. 26, und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Lindenstr. 52; an letzterer Stelle nur nachmittags von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 7. Juni abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Heringen in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 63 500 bis zurück 61 501 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 500 bis zurück 60 001 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Hering zum Preise von 60 Pfennigen abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Packet oder Taschen sind mitzubringen.

Diejenigen Haushalte, welche den seiner Zeit an Kinder zur Verteilung gelangten Frischkrug noch nicht abgeholt haben, werden aufgefordert, denselben nunmehr in dem Geschäft der Fa. Holzhausen, Leipziger Str. 1, innerhalb 2 Tagen abzuholen. Eine Nachlieferung nach Ablauf des genannten Termins kann nicht erfolgen.

Reisebrotmarken. Die Reichsgetreidestelle hat eine Neugestaltung der Reichs-Reisebrotmarken vorgenommen. Um ein Aufbrauchen der bisherigen Marken zu ermöglichen, bleiben die Marken des alten Musters noch bis zum 30. Juni 1919 in Geltung. Bis zu diesem Tage sind daher die Marken alten und neuen Musters gültig, vom 1. Juli 1919 ab aber nur die Marken des neuen Musters. Den Verbrauchern können die bisherigen Marken bis zum 30. Juni 1919 in neue umgetauscht werden. Nach dem 30. Juni 1919 ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkartenahmeldeschein oder sonstigen Ausweis vorlegt, inhalts dessen er über den 30. Juni 1919 hinaus mit Reisebrotmarken alten Musters versehen ist. Der Umtausch erfolgt ab 4. Juni 1919 in den städtischen Marken-Ausgabestellen.

Halle, den 31. Mai 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung
betr. ausländisches Weizenmehl.

Unter Bezugnahme auf Ziffer 5 unserer Anordnung vom 16. April 1919 über ausländisches Weizenmehl wird bestimmt:

1. Die Nummer 7 der Markenreihe für Auslandsmehl wird in Gültigkeit gesetzt für die Zeit vom 2. Juni bis 11. Juni 1919.
2. Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konditoren eine) haben die eingenommenen Marken (Nr. 7) bis zum 14. Juni 1919 an die Brotmarken-Annahmestelle, Dreyhauptstr. 4, abzugeben.

Halle, den 30. Mai 1919. Der Magistrat.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Reis am Mittwoch, den 4. Juni, und am Donnerstag, den 5. Juni, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 3. Juni 1919. Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Süßstoffverteilung im Stadtkreise. 1. An Gewerbetreibende und Gastwirtschaften auf die Marke 6 der roten Süßstoffkarte je 1 Großpackung für 1,85 Mk. in der Neustadt-Drogerie Böhme und bei Fa. Hahn, Gr. Burgstr. 2. Für Haushaltungen auf die Marke 5 der grünen Süßstoffkarten je 1 Kleinpackung für 0,25 Mk. in nachstehenden Verkaufsstellen: In den vier hiesigen Apotheken und in den Dorfgenhandlungen von: Böhme, Dreyhaupt, Hahn, Heinze, Kurze, Jenker und Zickmanell. Verkaufsbeginn von heute bis Sonnabend, den 7. Juni 1919. Nach Ablauf der festgesetzten Verkaufszeit sind die grünen Marken 5 und die roten Marken 6 verfallen. Markenablieferung mit Bestandsangabe am Dienstag, den 10. Juni, an Fa. Rothe. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 7 und 10 des Süßstoffgesetzes vom 17. 7. 02 bestraft.

Verteilung von Auslandsmehl. In der Woche vom 2. bis 7. Juni 1919 kommt abermals 1 Pfund amerikanisches Weizenmehl auf die Lebensmittelkarte Nr. 260 zu Kochzwecken wie folgt zur Verteilung: C. Fischer, Leipz. Str. 25, Montag 1—1100, Dienstag 1101—2200, Mittwoch 2201—3300, Donnerstag 3301 bis 4400, Freitag 4401—5500, Sonnabend 5501—6500; Rammelt, Kl. Deichstr. 5, Montag 6501—7000, Dienstag 7001—7500, Mittwoch 7501—8000, Donnerstag 8001—8500, Freitag 8501—9000, Sonnabend 9001—9500; Bechner, Naumb. Str. 16, Montag 9501—10 500, Dienstag 10 501—11 500, Mittwoch 11 501—12 500, Donnerstag 12 501—13 500, Freitag 13 501—14 500, Sonnabend 14 501—15 500; Bamberg Nachf., Gr. Kalandstr. 47, Montag 15 501—16 150, Dienstag 16 151—16 800, Mittwoch 16 801—17 500, Donnerstag 17 501—18 200, Freitag 18 201—18 850, Sonnabend 18 851—19 500; Schlisli, Kubaître. 1, Montag 19 501—20 500, Dienstag 20 501 bis 21 500, Mittwoch 21 501—22 500, Donnerstag 22 501—23 500, Freitag 23 501—24 500, Sonnabend 24 501—25 500; Bierbaum, Tagewerbenerstr. 8, Montag 25 501—25 600, Dienstag 25 601—26 100, Mittwoch 26 101—26 500, Donnerstag 26 501—26 900, Freitag 26 901—27 200, Sonnabend 27 201—27 500; Konsum-Verein, Schillerstr. 6, Montag 27 501—28 500, Dienstag 28 501—29 500, Mittwoch 29 501—30 500, Donnerstag 30 501—31 500, Freitag 31 501 bis 32 500, Sonnabend 32 501—33 500. Die Geschäfts- und Nummereinteilung ist streng einzuhalten. Minderbemittelten Haushaltungen wird gestattet, die für den Bezug von Auslandsmehl bestimmten Lebensmittelmarken Nr. 260 gegen Inlandsmehlmarken im Ernährungsamt, Klosterstr. 8, bis Sonnabend, den 7. Juni d. Js. täglich von 8—12 Uhr vormittags umzutauschen. Die Lebensmittelmarken Nr. 260 sind von der Stammkarte abzutrennen und beides zusammen beim Umtausch vorzulegen. Die Inlandsmehlmarken sind dann mit der Lebensmittelstammkarte der Verkaufsstelle vorzulegen. Das Inlandsmehl wird in denselben Verkaufsstellen abgegeben. Der Preis beträgt für Auslandsmehl 2,20 Mk., für Inlandsmehl 28 Pfg. für Roggenmehl und 30 Pfg. für Weizenmehl für 1 Pfund. Markenablieferung und Mehlbestandsanzeige spätestens am Mittwoch, den 11. Juni 1919, in der vorgeschriebenen Weise. Zuwiderhandlungen fallen unter die Strafbestimmungen nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Weißenfels, den 31. Mai 1919. Der Magistrat.

Mehlzuteilung.

Man heute Vormittag mittels auf Mehlzuteilungsmarke 6c
1—4 über die Nummern 1301—1700,
1—4 über die Nummern 1751—2000.

Auf jede Marke werden 150 Gramm Gebäckes oder Mehl zu 80 Pfg. verabfolgt.

Ein Verkauf ohne Marken findet nicht statt.

Mehlbäckerei Hoffmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190603-12/fragment/page=0006